

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Ö / N</i>
Gemeinderat (Kenntnisnahme)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Planungsausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Kenntnisnahme)	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Kenntnisnahme)	Ö
Ortschaftsrat Warmbronn (Kenntnisnahme)	Ö

Haushaltsplan 2022 - Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2022

Kenntnisnahme

Der Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Die Sitzungsvorlage beinhaltet die schriftlichen Haushaltsreden und Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2022 vom 09.11.2021.

Die Beratung und Beschlussfassung über die einzelnen Anträge erfolgt mit der Sitzungsvorlage 2021/339-03.

Anlage/n

- 1 Haushaltsrede Grüne (öffentlich)
- 2 Haushaltsrede Freie Wähler (öffentlich)
- 3 Haushaltsrede CDU (öffentlich)
- 4 Haushaltsrede SPD (öffentlich)
- 5 Haushaltsrede FDP (öffentlich)
- 6 Haushaltsrede S:ALZ (öffentlich)
- 7 Haushaltsrede Linke (öffentlich)

Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplanentwurf für 2022

Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Haushalt 2022 ist eingebracht. Nun schon der zweite Haushalt in der Corona-Pandemie. Und die Pandemie ist noch nicht vorbei, die weitere Entwicklung derzeit nicht absehbar. Auch der jetzige Haushaltsentwurf bleibt seiner langjährigen Tradition treu – sprich- die Eckdaten bleiben ähnlich, die Genehmigungsfähigkeit wird durch die Entnahme von Rücklagen und Sondereffekte erreicht und der weitere Schuldenstand in 2025 um 46 Millionen auf dann 128,5 Millionen angepeilt. „Business as usual – ein weiter so“ und dies trotz Corona?

Als Fraktion Grüne im Leonberger Gemeinderat sagen wir dazu Nein! Warum ein Nein? Die Leonberger Kommunalpolitik krankt vor allem an einem: einer immensen und aufgeblähten Ankündigungspolitik, der aber anschließend der Wille zur Umsetzung und zu den Taten fehlt. Lassen Sie uns das an einigen Beispielen verdeutlichen.

Klimamanager*in

Seit vielen Jahren fordern wir als Fraktion ein entschlossenes Handeln beim kommunalen Klimaschutz. Einen Klimavorbehalt bei kommunalen Beschlüssen, oder mehr erneuerbare Energien wie Photovoltaik auf den Dächern. Beschlossen haben wir auch die Stelle einer Klimamanagerin / Klimamanager. Doch passiert ist nix. Alles läuft seinen gewohnten Gang, im alten Trott, als gäbe es mit dem spürbaren Klimawandel nicht eine riesige Herausforderung.

„Zeit“ fließt, rennt oder vergeht. Und die Zeit läuft uns davon, wenn nicht endlich aktives Handeln und Umsetzen das Maß der Dinge in Leonberg wird. „Kommt Zeit kommt Rat“ und „gut Ding will Weile haben“ das muss der Vergangenheit angehören.

Wir wiederholen unsere Forderung für einen kommunalen Klimaschutz, für einen Beitrag unserer Stadt zur Einhaltung des 1,5 Grad-Zieles beschlossen in Paris. „Besser spät als nie...“. Und die aktuellen Zahlen zu den Emissionen der Treibhausgase zeigen, noch nie wurden so viele Treibhausgase emittiert wie 2021.

Qualifiziertes Wachstum und ein Leitbild für 2030

Die Bürgerinnen und Bürger Leonbergs wollen eine Perspektive für ihre Stadt. Wo stehen wir im Vergleich der Großen Kreisstädte der Region? Was sind die besonderen Qualitäten Leonbergs und wohin geht die Reise. Genau diese Fragen wollen wir beantworten, indem wir einen Haushalt aufstellen der dafür den notwendigen Rahmen liefert. In Leonberg leben viele Menschen mit einem guten Einkommen. Das schlägt sich in der Höhe des Anteils an der Einkommensteuer im Haushalt nieder. Aber: die hohe Kaufkraft wandert ab, nach Böblingen, nach Sindelfingen nach Ludwigsburg. Zum Leidwesen des schon eh geschwächten Einzelhandels und des Gewerbes. Mehr denn je wird deutlich: Leonberg braucht ein qualifiziertes Wachstum. Also kein Wachstum um jeden Preis, das sich am Maß der überbauten Flächen und den Kubikmetern Beton orientiert. Zu viele einfallsslose, stereotype Bauentwicklungen von Layher, Pandeon bis zur Planung auf dem Postareal schwächen Leonberg. Dies sind keine Aushängeschilder für Lebensqualität in der Stadt. Und billig sind diese Wohnungen schon gar nicht, ein Thema das uns bei der Frage „bezahlbarer Wohnraum“ immer wieder einholt. Seit Jahren hat uns Baubürgermeister Brenner versichert, dass Leonberg sich mit einem herausragenden Projekt an der Internationalen Bauausstellung 2027 beteiligt. Passiert ist nichts. Und dieser Zug ist nun auch abgefahren, eine Chance weniger für die Stadt. Wir werden deshalb einen Antrag einbringen, der ein vorzeigbares Modellprojekt für nachhaltiges Bauen in einem der gerade in Konzeptionsphase befindlichen Gebiete vorsieht.

Von besonderer Bedeutung für diesen Prozess der Leitbildfindung ist die Fortschreibung des Flächennutzungsplans. Der aktuelle Plan stammt noch aus dem Jahr 2006 und braucht eine Neuauflage, die für die gesamte Markung Leonbergs die mittel- bis langfristige beabsichtigte Art der Bodennutzung einschließlich der politisch gewollten städtebaulichen Entwicklung aufzeigt. Bei der letzten Planaufstellung vor dem Jahr

2006 hat die Kommunalpolitik einen breiten öffentlichen Diskurs angeregt. Bei diesem Stadtentwicklungsprozess STEP 2020 sind viele Anregungen von Bürgerinnen und Bürger eingeflossen. Dies wollen wir auch hier als Maßgabe für die Fortschreibung des FNP vorschlagen.

Mobilität

Herr Oberbürgermeister: Sie haben ein großes Projekt angekündigt. Den Umbau der Stadt zu einer verkehrsberuhigten Zone mit mehr Raum und Platz für Fußgänger und Radfahrer. Gut so, da haben Sie unsere volle Unterstützung. Aber auch hier sind es bisher nur Pläne, wenn auch die Umweltspur für Busse und Radfahrer in der Eltingerstraße und der Brennerstraße nun in eine Modellphase gehen soll.

In der täglichen Realität ist leider noch nichts von der Fußgänger- und Fahrradoffensive zu spüren. Das „Radhaus“ am Bahnhof braucht eine massive Werbeoffensive. Von den Planungen zum Radschnellweg durch Leonberg ist nichts zu hören. Und die fehlende Radverbindung zwischen Leonberg und Ditzingen sorgt täglich für hochgefährliche Situationen. Ein Zustand auf den wir schon Jahre hinweisen. Passiert ist allerdings nichts. Für die „Stadt der Zukunft“ braucht es mehr als nur eine verbale Ankündigung. Die Qualitätsoffensive für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und vor allem mehr attraktive Fußgänger- und Radwegeverbindungen muss für die Menschen erlebbar sein. Nur dann gelingt auch ein Umdenken im Bereich der Mobilität. Mischnutzungen zwischen Fußgängern und Radfahrern wie beispielsweise in der Stadtmitte am Neuköllnerplatz sind schlicht eine Zumutung für alle Nutzer.

Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Radverkehrsplanung für Leonberg!

Personal

An dieser Stelle einige Worte zum Personal. Wir fragen uns ebenso wie andere warum wir eine so hohe Fluktuation haben. Gründe sind hierbei nicht immer Umzüge und Ortswechsel der Betroffenen. Der Ursache für diese Fluktuation muss nachgegangen werden. Ob allerdings ein Gutachten dafür das geeignete Mittel ist, ist für uns fraglich. Aber es muss sich was ändern, wir sehen hier die Verwaltungsspitze in der Verantwortung für eine Klärung der Gründe und den entsprechenden Konsequenzen zu sorgen.

Umwelt- und Naturschutz, der Leonberger Wald

Die Renaturierung der alten Autobahntrasse geht sichtbar voran. Wunderbar, dass hier eine räumliche Aufwertung erfolgt, die vielen Menschen einen hohen Erholungswert bringen wird.

Weitere Vernetzungspunkte, die das grüne Band in Zukunft verbinden soll, sind das Reiterstadion mit dem Wochenmarkt, der Stadtpark und mit immer noch viel zu viel zeitlichem Verzug die Beseitigung der Erd- und Steinmassen am Rande des Layher-Areals, damit auch dort endlich mal grün vor den Toren der Altstadt entstehen kann.

Die Aufwertung der Glems als naturnahes Fließgewässer bietet ebenfalls noch viel Handlungspotential.

Unsere Natur schützen – den Stadtwald klimafest machen

Der Wald ist krank und dem Wald fehlt Biodiversität. Das Land Baden-Württemberg hat mit einer Naturschutzstrategie reagiert und will mittel- und langfristig mehr Artenvielfalt und naturnahen Forst erreichen. Die Folgen extremer Trockenschäden in den Wäldern zeigen sich besonders im nördlichen Teil des Landkreises Böblingen.

Unsere kommunale Forstbewirtschaftung braucht dringend ein Umdenken. Weniger Ökonomie und mehr Ökologie. Denn unser Wald erfüllt eine wesentliche Funktion als Wasserspeicher, als Temperatenausgleicher und als Sauerstoffproduzent. Die ursprüngliche Funktion als CO₂-Senke hat unser Wald leider mittlerweile verloren. Durch eine ökologische Waldbewirtschaftung mit beispielsweise mehr Naturverjüngung, der Gestaltung von Alt- und Totholz-„Inseln“ und mehr extensiver, nicht genutzter Flächen können wir unsere Wälder dauerhaft erhalten und in ihren Funktionen stärken. Das kommunale forstliche Leitbild stammt noch aus dem Nachkriegsdenken. Aber schnellwachsende Nadelholzbestände sind weder klimastabil, noch garantieren sie eine ökonomische Einnahmesicherheit. Die Zeit für ein neues forstliches Leitbild ist überreif. Und ein Alt- und Totholzkonzept, wie es flächenhaft im Staatswald seit über 10 Jahren umgesetzt wird, braucht auch eine Umsetzung im kommunalen Wald.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
wir stehen in vielen Bereichen vor Herausforderungen, viele Themen müssen konsequenter angegangen und umgesetzt werden.

Bezahlbarer Wohnraum

Ein wichtiges Thema der Stadtentwicklung ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Versuche von Investoren, die Quote von mind. 25% irgendwie zu umgehen, gibt es immer wieder. Dem muss Einhalt geboten werden. Wir vermissen hier oftmals die klare Positionierung der Verwaltungsspitze gegenüber Investoren. Es darf kein Absenken der Quote oder ständige Diskussionen dazu geben. Dafür ist das Thema viel zu wichtig, bezahlbarer Wohnraum muss vordringlich geschaffen werden.

Digitalisierung an Schulen

Ein weiteres Zukunftsthema ist die Bildung und hier insbesondere die Digitalisierung an Schulen. Hier gibt es immensen Nachholbedarf wie auch Corona gezeigt hat. Die nun vorgesehene Schaffung von 4 Stellen finden wir gut, wir hoffen sehr, dass diese zeitnah besetzt werden können. Aber damit ist es ja noch nicht getan. An vielen Ecken und Enden hapert es, angefangen von der Glasfaseranbindung über die Verkabelungen und die Betreuung der EDV vor Ort in den Schulen. Kapazitäten müssen hierfür geschaffen werden, Mitarbeiter*innen von anderen Aufgaben entlastet werden, damit sie sich voll darauf konzentrieren können.

Schulleiter*innenbudgets

Bedauerlich, dass die Schulleitungen über die im Haushalt enthaltenen Kürzungen der Schulleitungsbudgets offensichtlich im Vorfeld nicht informiert wurden und sie sich nicht dazu äußern konnten. Die Schulleiter*innen haben nun dargelegt, wofür die Mittel notwendig sind. Wir unterstützen ihr Anliegen, die Kürzungen zurückzunehmen. Das Thema wird ja auch im Ausschuss besprochen.

Kultur

Kultur, das sind nicht nur größere Veranstaltungen, sondern auch viele kleine Initiativen. Ein Beispiel ist die Alte Schuhfabrik, wo eine gewachsene Struktur die Kulturszene in der Stadt belebt. Dies muss erhalten bleiben, aber hier wurden falsche Weichen gestellt. Einen Investor mit einem Herz für Kultur zu finden, wird schwer, wenn nicht gar unmöglich werden. Und was passiert dann? Warum greifen wir nicht das Engagement der Künstler*innen auf, die Konzepte zum Fortbestand des Künstlerhauses entwickelt haben.

Quartiersarbeit

Wir unterstützen die Fortführung der Quartiersarbeit, wie es auch die Verwaltung vorschlägt. Wichtig ist uns, dass noch verstärkt daran gearbeitet wird, weitere Ziel-

gruppen beim Projekt mitzunehmen und auf bereits bestehende Strukturen in den Stadtteilen durch Bürgervereine und andere Vereine zurückzugreifen.

Jugendbeteiligung

Diese hat in den letzten Jahren viel Positives bewirkt, viele junge Menschen engagieren sich für die Entwicklung in ihrer Stadt, dafür herzlichen Dank. Was die Mittel anbelangt: Von der Stadtverwaltung wurde uns mitgeteilt, dass in einer ersten Runde 50.000 Euro an Mitteln gekürzt wurden und zusätzlich dann die 15% der pauschalen Kürzung, so dass von einem ehemaligen Mittelansatz in Höhe von 117.000 nun noch 56.950 im Haushalt stehen. Wir beantragen, dass hier die „doppelte“ Kürzung aufgehoben wird und die Mittel auf 90.000 Euro festgelegt werden sollen. Damit ergibt sich der Spielraum auch kurzfristig Projekte auf den Weg zu bringen, die aus der Jugendbeteiligung heraus initiiert werden.

Ehrenamtliches Engagement

Dieses ist sehr wichtig für die Stadt und muss gefördert werden. Wir sind froh, dass es gelungen ist, die Ehrenamtskarte für Jugendliche ab 2022 umzusetzen. Wir gehen davon aus – obwohl dies im HH-Entwurf nicht explizit erwähnt wird – dass diese Mittel zusätzlich eingestellt worden sind und nicht zu Lasten anderer Budgets gehen.

Allgemein zum Thema bürgerschaftliches Engagement: hier gibt es noch erhebliches Verbesserungspotential. Leider wird es immer wieder von der Stadtverwaltung versäumt, auf die Leute zuzugehen, die sich engagieren, diese Leute mitzunehmen und damit auch die entsprechende Wertschätzung zu zeigen. Hier gibt es Verbesserungspotential.

Hortbetreuung in Warmbronn

Einige Sätze noch zur Hortbetreuung in Warmbronn: bei diesem Thema kann man sehr gut erkennen, dass der Ausbau der Infrastruktur nicht dem Wachstum hinterher kommt. Kindertagesplätze sind Mangelware und so muss die Hortbetreuung in Warmbronn leider aufgegeben werden, die Kinder in einer anderen Betreuungsform untergebracht werden. Die Befürchtungen der Eltern, dass die Qualität des Angebotes leidet, können wir sehr gut nachvollziehen. Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung hier auf die Eltern zugeht und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen sucht.

Wirtschaftsförderung und Citymanagement

Sie haben in den vergangenen Monaten sehr gute Arbeit geleistet. Hierfür an dieser Stelle noch mal ein großes Dankeschön. Und die Unterstützung wird auch weiterhin notwendig sein, da die Entwicklung der Pandemie und auch der Wirtschaft allgemein derzeit nicht absehbar ist. Wir müssen alles dafür tun, die örtlichen Firmen, Dienstleister, Einzelhandel, Gastronomie zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch unsere kommunale finanzielle Lage ist nicht gut. Im Jahr 2022 müssen wir Mittel der Rücklage entnehmen, der Schuldenstand der Stadt wird ansteigen, wir müssen dringend gegensteuern. Dazu brauchen wir aber keine Hoppla-Hopp Politik oder Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip. Wir müssen dringend diskutieren, wie und wohin sich die Stadt entwickeln soll. Fragestellungen sind dabei u.a. welches Wachstum kann die Stadt verkraften, und zwar sowohl finanziell als auch ökologisch. Wie gehen wir mit den begrenzten Ressourcen um? Wie entwickeln wir die Stadt im Sinne des Klimaschutzes weiter? Wie gewährleisten wir die Bereitstellung der Infrastruktur. Wachstum um jeden Preis kann hier nicht die Lösung sein. Wir brauchen eine solide Haushaltsplanung mit einer ökologischen Ausrichtung auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit in allen Bereichen. Dazu brauchen wir ein Leitbild. Für diese Diskussion benötigen wir auch die entsprechenden Daten z.B. zur Bevölkerungsentwicklung, zur Kaufkraft, zur Flächenstruktur und viele andere. Dieser Prozess muss endlich angegangen werden. Wir müssen endlich was tun, weg von der Ankündigungspolitik zur Umsetzungspolitik.

Unsere Anträge zum Haushaltsplanentwurf können wir aus zeitlichen Gründen nicht alle erläutern, sie finden diese in unserer Antragsliste.

Für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs für 2022 möchten wir uns nun bei allen Beteiligten bedanken und wünsche uns gute Beratungen.

Und man mag von der neuen Imagekampagne des Landes halten was man will, aber „The Länd“ braucht viele innovative und nachhaltige Städte – lassen Sie uns dazu gehören.

An den Oberbürgermeister
der Stadt Leonberg
Herrn Martin Georg Cohn
Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Gemeinderat der Stadt Leonberg

Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

09. November 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

für den Haushalt 2022 bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende
Anträge ein:

1. Nachhaltiges Bauen fördern
2. Beratung des Gemeinderates und der Stadtverwaltung zum nachhaltigen Bauen
3. Schulgesundheitspflege
4. Müllvermeidung nachhaltig organisieren
5. Anmietung einer Ladenfläche für Stadtmarketing und Stadtwerke
6. Mehr Biodiversität im Wald – Alt- und Totholzkonzept
7. Der Wald braucht unsere Hilfe, damit er uns helfen kann
8. Exkursion des Gemeinderates mit dem Fokus Natur- und Klimaschutz
9. Ein Toilettenhäuschen auf der alten Autobahntrasse
10. Radsport unterstützen
11. RegioRad-Stationen vernetzen
12. Jugendbeteiligung
13. Informationen für alle
14. Homepage der Stadt Leonberg inklusiv ausbauen
15. Eingezäunte Hundespielwiese
16. Einsparvorschläge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Anträge mit Begründungen finden sich auf den nachfolgenden Seiten.

Nachhaltiges Bauen fördern

Antrag:

Die Stadt Leonberg möge an mindestens einem Gebäude ein Modellprojekt "Klimagerechtes Bauen" konsequent umsetzen. Dies kann an einem öffentlichen neuen Gebäude (KiTa o.ä.) erfolgen, in der Nachverdichtung oder noch besser bei einem Altbau, der ohnehin renoviert werden muss.

Hierfür ist für das Haushaltsjahr 2022 eine Planungsrate von 200.000 Euro einzustellen.

Begründung:

Die vor 2 Jahren ins Auge gefasste Teilnahme an der Internationale Bauausstellung (IBA) bezogen auf das Neubauprojekt an der Berliner Straße ist nicht mehr möglich, da die Bewerbungsphase abgeschlossen ist. Mit einem umsetzungsorientierten klimagerechten Bauprojekt kann sich Leonberg in der Region als zukunftsfähiger Wohnstandort profilieren.

Für ein solches Projekt sind auf jeden Fall geeignete Fördermöglichkeiten zu recherchieren und einzuplanen.

Laut einem Bericht der UN ist der Anteil der Bauwirtschaft zuletzt mit 38% beim weltweiten CO₂-Ausstoß anzusetzen. Dies zeigt, welches enorme Einsparpotenzial es beim Bauen gibt, um zum Erreichen der notwendigen Klimaziele beizutragen.

Gudrun Sach und Katharina Staiger
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beratung des Gemeinderates und der Stadtverwaltung zu zukünftigen Bauvorhaben durch Institutionen mit einer speziellen Kompetenz im Bereich des nachhaltigen Bauens

Antrag:

Der Gemeinderat soll nach dem Beispiel der Präsentation der KEA-BW zum Thema „Contracting“ über die Möglichkeiten zum Thema „klimaneutrales Bauen“ z.B. durch den Einsatz von Sonnenenergie- und Wasserstofftechnologie für zukünftige klimaneutrale Bauvorhaben informiert und beraten werden.

Begründung:

Gerade für die Entwicklung neuer Quartiere wie z. B. an der Berliner Straße wären die Erkenntnisse und Innovationen äußerst interessant, die Institutionen wie beispielsweise das „Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW)“ gewonnen und schon in etlichen großen Projekten umgesetzt haben. Eine gemeinsam für Gemeinderat und Stadtverwaltung angebotene Information bzw. Beratung ist wünschenswert und sicher ohne allzuviel Aufwand umsetzbar. Dies würde die Akteure in Leonberg darin unterstützen, die Beschlüsse zum Klimavorbehalt auf informierter Grundlage treffen zu können.

Das Land Baden-Württemberg betreibt und unterstützt etliche Einrichtungen und Institute, die sich mit der Forschung und Weiterentwicklung in Sachen Klimaneutralität beschäftigen. Das ZSW hat bspw. in anderen Städten schon viele große und innovative Projekte begleitet (z.B. neue Weststadt Esslingen) und ganze Quartiere mit neuester Solar- und Wasserstofftechnologie ausgestattet.

Eine Erstberatung mit Präsentation für den Gemeinderat wäre evtl. kostenlos, die Kosten für gezielte Beratungen bei anstehenden Bauprojekten oder eine mögliche Kooperation müssten abgeklärt werden. Hierfür stehen sicherlich auch Fördergelder des Landes oder Bundes zur Verfügung.

Leonberg könnte mit einem klimaneutralen Quartier z.B. an der Berliner Straße eine Vorbildfunktion für andere Städte in der Region einnehmen und zum Vorreiter werden.

Sibylle De Mott
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Schulgesundheitspflege

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, ab dem Schuljahr 2022/23 im Rahmen eines mehrjährigen Projekts zur Etablierung einer Schulgesundheitspflege eine Kooperation zwischen der Stadt Leonberg und der Pflegeverbund Stohgäu-Glems gmn. GmbH (im Folgenden „Sozialstation Leonberg“ genannt) zu beginnen.

Begründung:

Nicht erst durch die Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wichtig eine Unterstützung der Schulen in medizinischen Angelegenheiten ist. An einigen weiterführenden Schulen sind Schulsanitäter*innen seit Jahren etabliert, aber diese jugendlichen Ersthelfer*innen können nicht die Leistungen erbringen, welche durch eine qualifizierte Fachpflegeperson zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Sozialstation Leonberg kann den Schulen im Rahmen eines gemeinsamen Projektes auf Anforderung Personal zur Verfügung stellen, welches bspw. bei der Versorgung chronisch kranker Schüler*innen (z. B. bei Allergien, Asthma, Diabetes Mellitus) Anleitung für die Lehrenden und die Mitschüler*innen bietet.

In der Fachöffentlichkeit wird zunehmend die fehlende Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung thematisiert. Fachpersonal kann hier die Lehrenden unterstützen oder sogar Unterrichtseinheiten übernehmen.

In den letzten 1,5 Jahren waren es häufig die Lehrenden oder Eltern, die bei Selbsttests zur Corona-Detektion angeleitet haben. Eine solche Aufgabe wäre sicherlich auch ein klassisches Betätigungsfeld für die Schulgesundheitspflege gewesen.

Ein ganz anderes, wichtiges Aufgabenfeld in der Schulgesundheitspflege ist die Präventionsarbeit. Hier sei nur das Stichwort „Dicke Kinder“ genannt, was durch Bewegungsmangel oder falsche Ernährung verursacht sein kann. Eine Fachpflegeperson könnte hier gemeinsam mit dem Kollegium Konzepte erarbeiten, um an einer Schule vorbeugend tätig zu werden.

Weitere Inhalte und Erfahrungen aus dem bisherigen Einsatz der Schulgesundheitspflege (in Deutschland und weltweit) finden sich auf der Internetseite

<https://www.dbfk.de/de/themen/Schulgesundheitspflege.php>

R. Sebastian Werbke

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Müllvermeidung nachhaltig organisieren

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, aus dem für eine einmalige Stadtputzete angesetzten Betrag von 42.500 Euro (S. 249) 5.000 Euro für sogenannte „Ballot Bins“ (Abstimm-Aschenbecher) zu verwenden. Hiermit kann speziell gegen die Flut an Zigarettenkippen auf unterhaltsame Art dauerhaft eine Gegenbewegung gestartet werden.

Begründung:

Die Lokale Agenda Leonberg hat bei ihrem Forum im Oktober 2021 als Schwerpunktthema 2022 eine übergreifende Kampagne zum Themenkomplex „Müllvermeidung“ beschlossen. Im Rahmen dieses Schwerpunkts für alle Agenda-Gruppen sollen unterschiedliche Perspektiven und Herangehensweisen entwickelt werden, bei denen Müllvermeidung als Aufgabe für alle Bereiche der Gesellschaft thematisiert wird. Eine einmalige Müllputzete „bei denen die Kinder den Müll der Erwachsenen wegräumen“ hält die Lokale Agenda für weder ausreichend noch zielführend.

Ein vermeintlich nebensächlicher Aspekt beim Müllaufkommen sind Zigarettenkippen. Die so unauffälligen (?) Rauchreste sind nicht nur für viele Menschen ein Ärgernis. Sie sind zudem ein echtes Umweltproblem, denn jede einzelne Kippe braucht mehrere Jahre bis zu ihrer Zersetzung. In dieser Zeit gelangen reichlich Giftstoffe in die Umwelt. Sie lassen sich heute bereits im Packeis der Arktis nachweisen. Inwiefern wir diese Giftstoffe durch die Nahrungskette aufnehmen, ist noch nicht eindeutig belegt.

Mit den Abstimmungs-Aschenbechern lässt sich auf humorvolle Weise Bewusstsein für das Problem erzeugen und gleichzeitig die Kippenflut z. B. an ÖPNV-Haltestellen eindämmen. Solche Doppelzylinder werden bspw. durch eine Stuttgarter Firma gefertigt.

Das Referat Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung könnte die Abstimmungs-Ascher nutzen, indem bspw. 1x/Quartal eine neue Frage mit kommunalem Bezug veröffentlicht wird. So würde mit Darstellung des Abstimmungsergebnis zugleich regelmäßig auf das Thema der achtlos entsorgten Zigarettenkippen hingewiesen.

Informationen zum Thema finden sich u.a. hier:

<https://www.quarks.de/umwelt/muell/auswirkungen-der-zigarettenkippen-auf-die-umwelt/>

<https://www.kippster.de/shop/>

R. Sebastian Werbke und Gudrun Sach
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Anmietung einer Ladenfläche für Stadtmarketing und Stadtwerke

Antrag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend zu prüfen, inwiefern die Geschäftsflächen im Samariterstift neben dem Rathaus zur Anmietung zur Verfügung stehen. Es ist ggf. schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, dass die nun schon mehrmals gescheiterten Versuche für eine neue Präsenz von Stadtmarketing und Stadtwerken in mindestens einem dieser Ladenlokale umgesetzt wird.

Begründung:

Der Brückenschlag zwischen Neuköllner Platz und Leonberger Altstadt hat viele verschiedene Facetten. Dazu gehört auch die gesamte Strecke zwischen diesen beiden Polen. Sehr lange stehen nun schon die Ladenlokale im Samariterstift leer.

Seit einiger Zeit wird überlegt, einen für die Laufkundschaft attraktiven Ort für Stadtwerke einerseits und den i-Punkt des Stadtmarketing andererseits zu schaffen. Die beiden Ladenlokale liegen an prädestinierter Stelle an der Haupt-Durchgangsstraße, wo sie sehr gut wahrgenommen werden. Es gibt direkt vor der Tür die Möglichkeit, kurz zu parken, um sich Informationen zu beschaffen. Außerdem liegt hier eine Bushaltestelle und sind Radspuren vorgesehen. Insofern bestehen nicht nur für Fußgänger*innen, sondern für alle Verkehrsteilnehmer günstige Möglichkeiten, diese Räumlichkeiten zu erreichen.

Die Schaufenster bieten zudem rund um die Uhr die Möglichkeit, für die Ladennutzer bzw. die Stadt zu werben.

Für die Beschäftigten beim Stadtmarketing hätte dieser Standort den Vorteil der kurzen Wege zum Rathaus bzw. dem Amt für Kultur und Sport, dem sie angehören.

Im Haushaltsplan sind an verschiedenen Stellen bereits Beträge für einen neuen i-Punkt vorgesehen, die nach dem erneuten Scheitern der Pläne am Marktplatz nun zielführend an diesem Standort eingesetzt werden können.

Ergänzend wäre es eventuell möglich, die Räumlichkeiten z. B. in den Abendstunden als Anlaufstelle für die Quartiersarbeit zu nutzen. Dies würde sich positiv auf die Belebung des Areals auswirken.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Alt- und Totholzkonzept im Leonberger Wald umsetzen

Antrag:

Im Stadtwald Leonberg wird das landesweite Alt- und Totholzkonzept umgesetzt.

Begründung:

Im Rahmen der kommunalen Waldbegehung konnte der städtische Förster U. Gress die massiven Auswirkungen des Klimawandels im Forst aufzeigen. Neben den bekannten Schadbildern im Nadelwald ist nun auch der Laubwald, insbesondere die Buche, von den Auswirkungen des Klimawandels stark betroffen. Es besteht Einigkeit darin, dass ein Waldumbau zu einem klimastabilen Ökosystem notwendig ist. Das Land Baden-Württemberg empfiehlt den Kommunen die Stärkung der Biodiversität im kommunalen Forst. Dabei bildet das Instrument des Alt- und Totholz-Konzeptes einen wesentlichen Schwerpunkt. Die Kommunen bekommen einen finanziellen Ausgleich und können darüber hinaus auch Ökopunkte generieren. Damit ergibt sich eine Win-Win-Situation, sowohl für den Naturschutz, als auch die ökonomische Einnahmeseite.

ForstBW erläutert in seinen Ausführungen die besondere Bedeutung von Alt- und Totholz: "Im Wald leistet Alt- und Totholz einen besonders wichtigen Beitrag, da es Lebensraum für zahlreiche, oftmals gefährdete Arten bietet. Der Erhalt von Alt- und Totholz trägt maßgeblich zur Sicherung und zur Stärkung der Biodiversität bei, dem zentralen Ziel sowohl der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg als auch der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW.

Zur Umsetzung dieses Ziels in die Praxis wurde das Alt- und Totholzkonzept entwickelt. Mit diesem Konzept wurde eine umfassende Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie für diese wertvollen Lebensräume erarbeitet. Damit erfolgt einerseits die Umsetzung des aktuellen Artenschutzrechts. Es verdeutlicht andererseits, dass ForstBW in Waldnaturschutzfragen bundesweit eine führende Rolle eingenommen hat.

Das Alt- und Totholzkonzept wird im Staatswald seit Februar 2010 verbindlich umgesetzt. Die Ausweisung von Habitatbaumgruppen und von Waldrefugien gehört seither fest zum forstlichen Handwerkszeug.

Dr. Bernd Murschel

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Wald braucht unsere Hilfe, damit er uns helfen kann

Antrag:

Leonberg überarbeitet sein forstpolitisches Leitziel hin zu einer modernen Strategie für mehr Biodiversität und Klimaschutz im Kommunalwald

Begründung:

Die vom Leonberger Gemeinderat beschlossenen Leitlinien für den Kommunalwald basieren noch aus den Gedanken der Nachkriegszeit.

Demnach hat die ökonomische Nutzung des Waldes insbesondere durch schnellwachsendes Nadelholz oberste Priorität. Die neuen Waldschäden - hervorgerufen durch den Klimawandel - fordern eine neue forstpolitische Strategie, bei der die Erholungsfunktion des Waldes und der Aufbau eines klimastabilen Waldes im Fokus stehen.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Exkursion des Gemeinderates mit dem Fokus Natur- und Klimaschutz

Antrag:

Der Gemeinderat beschließt, die Informationsreise des Gemeinderates im Jahr 2022 soll in den Nationalpark Nordschwarzwald erfolgen, einschließlich einer Besichtigung des kürzlich eröffneten Besucherzentrums am Ruhestein bei Baiersbronn.

Begründung:

Baden-Württembergs einziger Nationalpark Nordschwarzwald hat sich zu einem Besuchermagneten erster Güte entwickelt. In diesem Jahr hat auch das neue Besucherzentrum am Ruhestein seine Pforten geöffnet und bietet einen überragenden Einblick in die Vielfalt des Waldes. Mit dem Slogan „eine Spur wilder“ und als architektonisches Highlight zieht es viele Besucher an.

Dr. Bernd Murschel

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein Toilettenhäuschen auf der alten Autobahntrasse

Antrag:

Die Stadt Leonberg errichtet eine öffentlich zugängliche, behindertengerechte Toilette nördlich des Brombeerwegs in der Nähe der KZ-Gedenkstätte. Dafür werden die noch bestehenden (Ab-)Wasser-Anschlüsse reaktiviert.

Begründung:

Für die in Planung bzw. im Umbau befindliche Neustrukturierung der alten Autobahntrasse („Landschaftspark“) südlich des Brombeerwegs ist zumindest eine öffentlich zugängliche Toilette in der Nähe unerlässlich. Es soll ein Platz geschaffen werden, der für noch mehr Besucher*innen attraktiv ist und auch über einen Platz für einen Foodtruck wird nachgedacht.

Es wäre sinnvoll, die vorhandenen notwendigen Anschlüsse aus Zeiten des Autobahn-Parkplatzes zu nutzen, wodurch die Anlage etwas kostengünstiger umzusetzen sein wird.

Dass eine solche Toilettenanlage dringend notwendig ist, beweisen bisher schon die in der Nähe der KZ-Gedenkstätte immer wieder zu sehenden Hinterlassenschaften.

Gudrun Sach

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Radsport unterstützen

Antrag:

Es ist ein Betrag von 20.000 Euro im Haushaltsjahr einzuplanen, um den Beschluss des Gemeinderats vom 27. Juli 2021 umsetzen zu können, mit dem eine öffentlich zugängliche Fahrrad-Singletrail-Strecke an einem geeigneten Standort vorgesehen wurde.

Begründung:

Seit dem Sommer 2020 haben sich Ausschüsse und Gemeinderat wiederholt mit dem vom RV Schwalbe Leonberg-Eltingen e.V. eingebrachten Anliegen einer MTB-Strecke im Kammerforst auseinandergesetzt. Dieses Anliegen wurde seinerzeit ausdrücklich auch vom Stadtverband Sport unterstützt.

Seit 2018 führte der Verein mit der Stadtverwaltung Gespräche zu diesem Thema. Neben Argumenten wie Tier- und Naturschutz wurden auch die hohen Folgekosten durch die Verkehrswegesicherungspflicht der Kommune gegen eine solche Strecke ins Feld geführt. Der Haushaltsplan 2022 weist auf S. 197 für die Sicherung der MTB-Strecke in Warmbronn einen Betrag von neu 1.700 Euro aus, also deutlich weniger, als in den Diskussionen um den Antrag des RV Schwalbe genannt wurde.

Um keine weitere - mangels bereitgestellter Ressourcen - unnötige Verzögerung eines solchen offiziellen und legalen Angebots für diese wichtige Gruppe der Sport-Treibenden zu verursachen, ist es notwendig, einen festen Betrag für 2022 vorzusehen.

R. Sebastian Werkbe

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

RegioRad-Stationen vernetzen

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass im Jahr 2022 mindestens zwei zusätzliche Stationen für das RegioRad auf der Gemarkung eingerichtet werden.

Begründung:

Schon in den Vorjahren wurde von unserer Fraktion gefordert, sowohl am Kino Traumpalast wie auch im Gewerbegebiet Leo-West jeweils eine Station zu schaffen, mit der die Vernetzung der vorhandenen Stationen am S-Bahnhof Leonberg, am Leo-Center sowie am S-Bahnhof Rutesheim/Silberberg weiter gestärkt wird.

Beide vorgeschlagenen Standorte werden in den nächsten Monaten baulich fertiggestellt bzw. sind schon intensiv genutzt. Hier jeweils auch den Radverkehr zu fördern sollte ein passender Aspekt im Mobilitätskonzept der Stadt sein.

Die NutzerInnen des ÖPNV, speziell der S-Bahn, würden durch diese zusätzlichen RegioRad-Stationen in ihrer Entscheidung unterstützt, ihr Ziel im Mobilitätsmix umweltfreundlich anzusteuern. Für Inhaber*innen der polygoCard wäre die Rad-Nutzung in der Regel bei diesen Entfernungen sogar kostenlos möglich.

R. Sebastian Werbke

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Jugendbeteiligung ermöglichen

Antrag:

Die Mittel für die Jugendbeteiligung sollen auf 90.000 Euro (statt 56.950 €, S. 214) festgelegt werden.

Damit leistet auch dieser Haushaltsposten einen Beitrag zu den vorgesehenen Einsparungen (im Vorjahr 117.000 Euro), ohne insgesamt den Prozess der Jugendbeteiligung zu gefährden.

Begründung: Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren einen mittlerweile gut funktionierenden Prozess der Jugendbeteiligung in Gang gebracht und begleiten können. Schon mehrere Wechsel bei den Sprecher*innen sind gut gelungen, ohne die in der Gemeindeordnung in § 41a vorgeschriebene Jugendbeteiligung zu gefährden. Dies darf auch nicht durch mangelnde Haushaltsmittel geschehen.

In der Vergangenheit hat es sich bewährt, dass ein Betrag von 100.000 Euro eingeplant wurde, der i.d.R. während des Haushaltsjahres nicht aufgebraucht wurde. Insofern ist eine Reduzierung naheliegend und voraussichtlich in diesem Umfang unproblematisch.

Andererseits hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, wie hilfreich es war, Projekte der Arbeitsgruppen des Jugendausschuss mit dem Wissen um den zur Verfügung stehenden Betrag in einem für die Jugendlichen spürbaren Zeitrahmen auf den Weg bringen zu können, ohne auf die nächsten Haushaltsberatungen warten zu müssen.

R. Sebastian Werbke

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Informationen für Alle

Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, dass auch die Ortsteile Höfingen, Gebersheim und Warmbronn in den kommenden Jahren mit Informationsmonitoren versorgt werden.

Begründung:

Bisher wurde ein Monitor am alten Rathaus in der Leonberger Altstadt aufgestellt. Auf S. 326 findet sich der Hinweis, dass weitere Monitore vorgesehen seien, u.a. am Bahnhof Leonberg.

Genau dort wurde nun nach langer Verzögerung der im Konzept des Regionalen Mobilitätspunkts seit Jahren vorgesehene Informationsterminal installiert und in Betrieb genommen.

Inhaltlich sollte von Seiten des Referats Öffentlichkeitsarbeit zeitnah geprüft werden, welche städtischen Informationen hier kontinuierlich eingespeist werden können.

Da andererseits der Bahnhof ein Ort des Kommens und Gehens ist, ist es sicherlich zielführender, wenn für die Stadtbevölkerung auch dort, wo sie sich aufhält, Informationsangebote aktuell zur Verfügung gestellt werden. Eine städtischer Monitor z. B. an oder in „Gebers Landmarkt“ sowie bei den Ortschaftsverwaltungen in Höfingen und Gebersheim bringt sicherlich für die eigene Bevölkerung mehr, als ein zusätzlicher Terminal an einem Ort, wo jede/r schaut, dass der ÖPNV-Anschluss erreicht wird.

R. Sebastian Werbke

für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Homepage der Stadt Leonberg inklusiv ausbauen

Antrag:

Die Homepage der Stadt Leonberg soll weiter inklusiv ausgebaut werden. Der im Haushaltsplan angekündigte Relaunch der Internetseiten(S. 136) muss hierfür genutzt werden.

Begründung:

Bisher gibt es zwar eine Erklärung der Homepage in leichter Sprache, die einzelnen Rubriken jedoch sind nicht in leichter Sprache verfügbar. Ebenso fehlt die Möglichkeit, sich einzelne Artikel oder Bereiche vorlesen zu lassen. Videos werden bisher nur ohne Untertitel angeboten.

Eine Datenbank wichtiger Einrichtungen mit Informationen zu ihrer Barrierefreiheit soll der Website hinterlegt werden; Erklärung siehe unten.

Im Zuge der beabsichtigten Verstärkung des Internet-/ Social Media-Teams der Stadtverwaltung darf der inklusive Ausbau der städtischen Homepage kein Stiefkind bleiben. Mit der Einrichtung einer speziellen Datenbank für Menschen mit und ohne Behinderung, die die Barrierefreiheit von Leonberger Einrichtungen, Arztpraxen, Apotheken, Geschäften, Hotels/Pensionen, Restaurants und Cafés etc. schnell und übersichtlich darstellt, kommt man sowohl Leonberger Bürger*innen als auch Tourist*innen entgegen und macht die Stadt so noch attraktiver.

Die Datenbank soll neben Adresse, Öffnungszeiten und einem Bild der Lokalität folgende Angaben zur Barrierefreiheit enthalten:

- Barrierefreiheit? Ja/nein, teilweise (ebenerdig; Stufen, wenn ja, wie viele? Rampe?)
- Besonderer Straßenbelag im Zugangsbereich wie z.B. Kopfsteinpflaster?
- Topografische Besonderheiten wie Berg/steiler Anstieg?
- Parkplätze für Menschen mit Behinderung vorhanden? Wenn ja, wie viele? Wie weit entfernt?
- WCs für Menschen mit Behinderung in der betreffenden Lokalität vorhanden? Falls nicht, wie ist die Zugänglichkeit von nicht behindertengerechten WCs?
- Gibt es einen Aufzug?
- Sind die Türen für einen Rollstuhl oder auch Kinderwagen breit genug?
- Sonstige mögliche Einschränkungen?

In der Datenbank soll man Filter setzen und nach bestimmten Kriterien suchen können:

- Einteilung der Lokalitäten in Kategorien
- Filtern nach Art der Behinderung
- Filtern nach Suchkriterien wie Parkplatz für Menschen mit Behinderung etc.

Mit einem Aufruf an die Gewerbetreibenden in Leonberg, der Stadt für die Datenbank auf der Homepage einen kurzen Fragebogen auszufüllen und diesen zusammen mit ihren Adressdaten, Öffnungszeiten und einem Foto des Geschäfts zur Verfügung zu stellen, könnte man die Geschäfte sicherlich zur Mitarbeit bewegen, da es sich sowohl um einen guten Zweck als auch um eine Win-Win-Situation handelt, wenn die Gewerbetreibenden auf der städtischen Homepage in dieser neuen Datenbank gelistet sind.

Sibylle De Mott
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eingezäunte Hundespielwiese

Antrag:

Im Stadtgebiet von Leonberg soll eine eingezäunte Hundespielwiese realisiert werden. Dazu möge die Stadtverwaltung prüfen, in welchem Park bzw. welcher Grünanlage diese realisiert werden kann.

Begründung:

Im Zuge der Bürgerbeteiligung zur Planung des Landschaftsparks auf dem Autobahntunnel hat sich gezeigt, dass bei Leonberger Hundehalter*innen durchaus die Nachfrage nach einer eingezäunten Hundespielwiese besteht, die leider im Konzept für dieses Areal nicht umgesetzt werden konnte.

Auch nach Ende der Bürgerbeteiligung wird in den sozialen Medien immer wieder über dieses Thema diskutiert.

Bei der Hundespielwiese handelt es sich um eine ausreichend große, eingezäunte Rasenfläche mit einer Schleuse, zwei Toren, einem Kotbeutelspender nebst Mülleimer und Sitzgelegenheiten für die Hundebesitzer*innen.

Da in sämtlichen Grünanlagen und Parks in Leonberg Leinenpflicht herrscht, können sich die Hunde hier nicht frei austoben. Auch ist es nicht jeder Leonberger Bürger*in möglich, mit ihrem Hund aus der Stadt raus auf die umliegenden Felder oder in den Wald zu fahren. Gerade in der Innenstadt gibt es viele Senior*innen oder auch Menschen mit Behinderung oder Mobilitätseinschränkungen, die ihren Tieren die Möglichkeit geben wollen, herumzutollen und ihrem natürlichen Bewegungsdrang nachzukommen.

Auch für diese Bevölkerungsgruppen wäre eine zentrale Hundespielwiese mit Sitzgelegenheiten wichtig.

Sibylle De Mott

für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsparvorschläge

Antrag:

Alle Ansätze für das geplante Baugebiet „Unterer Schützenrain“ wie z.B. für Grunderwerb (1.700.000 €, S. 351), Entwässerung (50.000 €, S. 631), Tiefbaumaßnahmen (S. 690) werden gestrichen.

Begründung:

Es zeigt sich schon jetzt in der Planungsphase, dass gravierende Aspekte des Landschaftsschutzes hohe Hürden darstellen bei den Überlegungen für dieses Gebiet. Eingriffe in die Landschaft sollten aus Gründen des Klimaschutzes minimiert werden. Da bis heute für die Stadt Leonberg keine Einigkeit darüber besteht, welche Art des Wachstums einen Konsens hat, sollten sämtliche Planungen, Maßnahmen, Gelder für dieses Gebiet eingefroren werden, bis mit dem überarbeiteten Flächennutzungsplan eine gemeinsame Basis für die Zukunft der Stadt gelegt ist.

Antrag:

Alle im Haushalt vorgesehenen Gelder (mind. 25.000 Euro) für die Unterstützung der Glemseck GmbH werden gestrichen, der Vertrag mit der Gesellschaft gekündigt.

Begründung:

Im Juni 2021 hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, die weltweite Klimanotlage anzuerkennen.

Es ist vor diesem Hintergrund widersprüchlich, wenn für ein Wochenend-Event eines kommerziellen Anbieters mit dem Fokus „*Spaß am Verbrennungsmotor*“ weiterhin städtische Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Antrag:

Die Erstellung von Broschüren für das Stadtmarketing und andere Bereiche sollte kontinuierlich und grundsätzlich hinterfragt werden.

Begründung:

Im Vorbericht zum Haushaltsplan ist u.a. erwähnt, dass geplant sei, eine Broschüre mit Radtouren zu veröffentlichen (S. 35). Ebenso wurde jetzt im Zusammenhang mit dem Fahrradparkhaus angekündigt, einen Flyer zur Bewerbung des Parkhauses zu drucken.

Auch wenn solche Print-Produkte vergleichsweise wenig Geld beanspruchen, werden dafür Ressourcen verbraucht. Die überwiegende Mehrheit der Radfahrenden nutzt heutzutage digitale Wege, um Radtouren zu planen. Der Fokus für diese Zielgruppe sollte also bspw. darauf gelegt werden, sie auf den digitalen Kanälen zu erreichen.

Viele Themen sind heutzutage sehr schnell „überholt“ und die dafür erstellten Print-Materialien müssen dann entsorgt werden. Auch im Sinne einer Müllvermeidung sollte deshalb durch das Referat Öffentlichkeitsarbeit geprüft werden, welche Kanäle für welche Themen effizient genutzt werden sollten.

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

**Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im
Gemeinderat Leonberg für das Jahr 2022**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn, sehr geehrte Frau Erste
Bürgermeisterin Schmid, sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine Damen und Herren,

am 26. Oktober anlässlich der Lesung des Haushaltes habe ich auf meine
Nachfrage, weswegen der Kostenansatz für die Personalkosten um 600.000
EURO für 2022 niedriger angesetzt wurde, als im laufenden Haushaltsjahr,
die Antwort erhalten, dass die Zahl realistisch sei und bereits eine Kosten-
steigerung und die zusätzlichen Personalstellen berücksichtigt worden wären,
überdies jedoch der von der Verwaltungsspitze verordneten pauschalen
Kürzung des Haushaltes hätte Rechnung getragen werden müssen.

Auch in weiteren Kostenansätzen für den künftigen Haushalt war die
pauschale Kürzung von 15 % das Maß der im Haushalt eingestellten Mittel,
wobei insbesondere im Bereich der Immobilien mit steigenden Sach- und
Energiekosten zu rechnen ist. Etwaige Lücken sollten -so die Verwaltung-
über das Budget ausgeglichen werden.

Was bedeutet das für uns im Ergebnis: Um einen genehmigungsfähigen
Haushalt zu erreichen werden Kostenansätze vom Ergebnis her betrachtet

und hingerechnet; etwaige Deckungslücken, die wohl bewusst in Kauf genommen werden, müssten dann eben durch andere Haushaltspositionen ausgeglichen werden.

Bereits in den zurückliegenden Jahren wurde von zahlreichen Fraktionen im Gemeinderat beanstandet, dass vom Gremium geplante und gewünschte Maßnahmen nicht umgesetzt wurden. So wird es wohl auch dieses Mal kommen. Damit im Ergebnis der Haushaltsansatz irgendwie eingehalten werden kann, entscheidet dann die Verwaltung, welche vom Rat beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden. **Dies hat im Ergebnis nichts mit Klarheit und Wahrheit des Haushaltes und insbesondere auch nichts mit der Hoheit des Gemeinderates für den Haushaltsplan zu tun.**

Geplant ist ein Anstieg der Verschuldung auf 101 Millionen €, wobei alleine die zusätzliche Nettoverschuldung im Jahr 2022 um ca. 19 Millionen € zunehmen wird. Dabei ist die Verschuldung der städtischen Eigenbetriebe z.B. Stadtwerke mit Bädern und ÖPNV noch nicht berücksichtigt .

Zudem wird der Haushaltsausgleich auch im Jahr 2022 nur möglich weil ca. 2,5 Million € an Sonderergebnissen (= Grundstücksverkäufe) zur Deckung herangezogen werden.

Im Hinblick auf die zukünftigen Weichenstellungen erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass seit Dezember 2020 die Einwohnerzahl um 200 zurückgegangen ist. Für uns als Rat wäre es wichtig zu wissen, welches die Gründe hierfür sind. In anderen Städten wird an zu- bzw. wegziehende Einwohner ein Fragebogen versandt, der bei der Beantwortung wichtiger Fragen hilfreich ist, wie beispielsweise sich der Bedarf nach Wohnraum, Kindergärten-und Schulplätzen entwickelt.

Bevor wir über bereits begonnene Kindertagesstätten hinausgehende weitere entsprechende Maßnahmen entscheiden, müssen wir zunächst Klarheit über den künftigen Bedarf haben, um auf dieser Grundlage die bereits für das laufende Jahr geforderte Strategiesitzung zielführend durchführen zu können. Vieles, was der Rat in den letzten Jahren beschlossen hat, wurde von der Verwaltung nicht umgesetzt. Diese Rückstände gilt es abzarbeiten. Selbst die Verwaltung redet mittlerweile von Konsolidierung und Priorisierung; insbesondere im Hinblick auf die Priorisierung fehlt es aber an jeglicher Initiative.

Mehr denn je gilt unsere bereits in der Vergangenheit wiederholt geäußerte Auffassung, dass erst beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden müssen, bevor weitere Ausgaben angestoßen werden.

Personal

Ein strukturelles Problem sehen wir im Bereich des Ordnungsamtes. Nach

unserer Auffassung hat sich die Nichtbesetzung der Stelle des Leiters/der Leiterin des Ordnungsamtes nicht bewährt. Hierüber muss diskutiert werden.

Bereits in unserer Erklärung für das laufende Haushaltsjahr haben wir beanstandet, dass die für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Ansatz gebrachten Kosten sich seit dem Jahr 2019 stark erhöht hatten. Deswegen lehnen wir die Schaffung einer Stelle für ein Volontariat im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ab.

Die Verwaltung möge sich auf ihre Kernaufgaben besinnen und erst dort ihre Hausaufgaben machen, bevor sie den Schwerpunkt auf die Außendarstellung legt.

Hinterfragt werden muss auch, ob tatsächlich 4 zusätzliche Stellen im Amt für Informations- und Kommunikationstechniken für die Systemadministration und den Support erforderlich sind. Wir gehen davon aus, dass auf Dauer mit 3 Stellen die entsprechenden Aufgaben erledigt werden können, zumal in diesem Bereich aufgrund der bestehenden Nachfrage am Arbeitsmarkt es schwerfallen dürfte, die entsprechende Anzahl an geeigneten Bewerbern zu finden.

Überdies ist in Anbetracht der Haushaltslage die Frage angezeigt, ob ein Stellenzuwachs auf der einen Seite nicht durch Stellenabbau an anderer Stelle kompensiert werden kann.

Wir lehnen die Ausweitung der Stelle zur unterstützenden Sachbearbeitung in der Personalabteilung um 50 % ab. Die Maßnahme wird von der Verwaltung damit begründet, dass aufgrund der Personalfluktuations zusätzliche Arbeiten anfallen. Unser Ziel muss es sein, die Fluktuation auf ein normales Maß zurückzuführen, und nicht den Verwaltungsapparat aufzublähen.

Auch bedarf die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Abteilungsleitung für den technischen Bereich beim Gebäudemanagement der Erläuterung.

Wäre eine Entlastung nicht bereits durch die Besetzung bereits bestehender und aufgrund des Weggangs von bewährten Mitarbeitern vakanter Stellen möglich?

Weswegen soll eine Stelle im Bereich der Umweltplanung um 25 % aufgestockt werden, wo derzeit noch die Stelle des Klimamanagers unbesetzt ist?

Infrastruktur/Straßenbau/Radwege

Bereits in der Vergangenheit hatten wir eine strukturelle Planung gefordert. Insbesondere steht das bereits mehrfach geforderte Gesamtkonzept für die Straßen der Zukunft im Bereich der neuen Stadtmitte/Eltinger Straße noch aus.

In die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2025 hat die Verwaltung hier Mittel von über 18 Millionen € eingestellt, wofür alleine 15 Millionen € für die Straßenumgestaltung in der Kernstadt, mithin im oben angesprochenen

Bereich, vorgesehen sind.

Unabhängig davon, dass die für den Planungshorizont vorgesehene Förderung des Landes in Höhe von ca. 50 % noch nicht einmal beantragt ist, geschweige denn in Anbetracht der Haushaltslage des Landes wahrscheinlich ist, sind wir nicht bereit, für das Jahr 2022 bereits 4,2 Millionen €, wie gefordert, zu bewilligen. Die Verwaltung muß zuerst anhand eines Gesamtkonzepts die konkreten Straßen und Maßnahmen benennen.

Stattdessen sind wir bereit, einen Betrag in der Größenordnung von 800.000 € für bereits fertig geplante Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus zum Zwecke der Umsetzung einzustellen.

Effizienz der Verwaltung bedeutet für uns auch, dass bei der Stadt bereits vorhandene Personalkapazitäten genutzt werden sollten. Im derzeit vorgelegten Haushaltsplanentwurf sehen wir dies so nicht gegeben.

Inakzeptabel ist auch die Situation bezüglich diverser Radwege.

Offiziell ist der Radweg Richtung Glemseck für Radfahrer gesperrt, wegen angeblicher Bauarbeiten; hier passiert jedoch nichts.

Beim Radweg in Richtung Ditzingen passiert ebenfalls nichts; unseren Informationen zufolge haben seit Februar 2020 keine weiteren Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern stattgefunden.

Auch an der nunmehr fertiggestellten Straße zwischen der Kernstadt und

Höfingen wurden die Radfahrer offensichtlich vergessen; hier muss wenigstens ein Schutzstreifen angelegt werden.

Die Entwicklung von Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Gebersheim (Carl-Zeiss- Straße) sowie Höfingen (nördlich der Röntgenstraße) wird von uns unterstützt.

Bezüglich des Warmbronner Sees mahnen wir dringend die Instandsetzung des Ablaufs an, um Hochwasserschäden, sofern möglich, zu vermeiden. Die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt einzustellen.

Bei diversen Bushaltestellen fehlt ein Regenschutz für die potenziellen Nutzer. Exemplarisch nennen wir hier die Bushaltestelle in Gebersheim in der Ortsmitte, Südseite bzw. an der Haltestelle Ortsmitte Warmbronn. Wenn wir den ÖPNV wirklich fördern wollen, so müssen wir die diesbezüglichen Maßnahmen umsetzen.

Nachdem mittlerweile die coronabedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens zurückgefahren wurden, bitten wir um Mitteilung der Entwicklung der Fahrgastzahlen und der Finanzsituation unserer städtischen Buslinien als Planungsgrundlage für die Zukunft.

Im Bereich des Postareals und Stadtumbaugebietes stehen wir zu den gefassten Beschlüssen. Es ist nunmehr das Baufeld herzurichten,

Fördermittel müssen abgerufen werden und für sämtliche Beteiligten am Verfahren muss Planungssicherheit geschaffen werden. Mit dem Investor sind im städtebaulichen Vertrag nunmehr die konkreten Zahlungstermine festzulegen.

Im Sinne der Erzielung außerordentlicher Erträge beantragen wir, die städtischen Bauplätze am Heckenweg an den Markt zu bringen.

Nachdem sich beim Bauträger betreffend des ehemaligen TSG-Geländes die Umsetzung des bezahlbaren Wohnens als außerordentlich „zäh“ erweist, hat die Verwaltung die vereinbarte Vertragsstrafe anzufordern .

Die bereits angestoßenen Wohnbaugebiete an der Berliner Straße und im Schützenrain sind mit Nachdruck zu entwickeln. Wir verweisen darauf, dass für beide Gebiete bereits Standorte für Kindertageseinrichtungen vorgesehen sind, so dass sich bei zeitnaher Umsetzung möglicherweise Interimsmaßnahmen erübrigen.

Stadthalle

Wir sind gespannt auf das Ergebnis der Machbarkeitsstudie. Bislang können wir uns jedoch nicht des Eindruckes erwehren, dass durch die Nichtvornahme gebotener Instandsetzungsarbeiten an der bestehenden Stadthalle, welche auch für den mittelfristigen Fortbetrieb dringend erforderlich sind, durch Nichtstun vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen.

Rathäuser

Wir hatten bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass der Erhalt des Alten Rathauses am Marktplatz für uns eine sehr hohe Priorität genießt. Dazu gehört für uns auch wenigstens die teilweise Weiternutzung als Verwaltungsgebäude.

Vor diesem Hintergrund sind wir bereit, Diskussionen um die ehemalige Schuhfabrik zurückzustellen. Jedoch beantragen wir, zu untersuchen, ob die städtische Kunstsammlung künftig nicht die Räumlichkeiten im Keller des ehemaligen Arbeitsamtes nutzen kann. Unter dem Gesichtspunkt von Brandschutz und fehlenden Fluchtwegen beantragen wir, im Bereich der ehemaligen Schuhfabrik keine städtische Nutzung mehr zu betreiben. Eine Erweiterung des Rathauses am Belforter Platz oder Anmietung zusätzlicher Fremdflächen lehnen wir ab. Hier sind zunächst die Potenziale an Home-Office auszunutzen.

Schulen/Kindertageseinrichtungen

An vordringlicher Stelle sehen wir einen Neubau der Grundschule für den Teilort Warmbronn. Der bestehende Zustand ist unhaltbar. Unhaltbar ist auch, dass hier die letzten anderthalb Jahre nichts passiert ist. Ein Neubau neben dem bestehenden Gebäude oder an einem anderen Standort wäre zu bevorzugen, um Aufwand und Kosten einer Interimslösung zu vermeiden. Das Thema „Interimslösungen“ ist auch ein Reizwort im Zusammenhang mit

der Errichtung von Kindertagesstätten. Bevor wir hier an weitere Maßnahmen denken, sind die künftigen Zahlen in Anbetracht der möglicherweise rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu eruieren und begonnene Baumaßnahmen und Planungen umzusetzen. Weitergehende Maßnahmen sollten vermieden werden. Es bringt niemandem etwas, wenn wir Kindergartengebäude dastehen haben, die möglicherweise mangels Nachfrage nicht benötigt werden oder die mangels Personal nicht betrieben werden können.

Verschiedenes

Eine aktuelle und diffizile Problematik beschäftigt uns mit dem Thema Sportverein. Die bestehenden Irritationen bedürfen einer zeitnahen Klärung. In Anbetracht des breiten Interesses in der Bevölkerung sehen wir hier den Oberbürgermeister gefordert.

Herausragendes geleistet hat im letzten und laufenden Jahr unser Citymanagement im Rahmen der Bewältigung der Folgen von Corona. Hierfür möchten wir uns bei der Citymanagerin besonders bedanken.

Bedanken möchten wir uns zudem bei den Initiatoren der Petition zum Erhalt des Hubschrauberstandortes am Krankenhaus Leonberg. Im Sinne der Bevölkerung - nicht nur in Leonberg, sondern auch aus dem Umland- halten wir diese Sondereinrichtung für wichtig und am Krankenhaus Leonberg auch für richtig.

Im Rahmen der Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien beantragen wir, die reguläre Bezuschussung von Vereinsmaßnahmen auf 25 % zu begrenzen.

Zwar kann in Ausnahmefällen dieser Satz überschritten werden, sollte dann jedoch in jedem Einzelfall vom zuständigen Gremium beraten und beschlossen werden.

Weswegen sollen wir bei einer allgemeinen Mittelkürzung im Haushalt für das Openair in Warmbronn 4000 € mehr für den Aufbau einer 2. Bühne bezuschussen (Seite 193 des Haushaltsplanentwurfes)? Wurden hier vorab beim Bund Anträge zur Kulturförderung gestellt?

Ferner halten wir es für erforderlich, endlich eine Stellplatzsatzung für das gesamte Gebiet der Stadt auf den Weg zu bringen; durch die umgesetzte Nachverdichtung der Bebauung treten im Bereich der Stellplätze und der Parksituation immer mehr Missstände zu Tage.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Manfred Rommel:

„Wer alles lenken will, steuert gar nichts.“

Dieser Satz birgt Wahrheit in sich.

Für den Rat bedeutet es, dass, wenn er zu viele Ziele im Haushaltsplan festlegt und diese mangels Personalkapazität oder aus sonstigen Gründen nicht umgesetzt werden, der vom Rat beschlossene Haushalt keine

Lenkungswirkung entfalten kann.

Für die Verwaltung und insbesondere die Verwaltungsspitze bedeutet es, dass eine klare Organisation und Akzeptanz der Zuständigkeiten der Handlungsfähigkeit der Verwaltung dient.

Wenn einzelne meinen, hier alles im Detail steuern zu können, so ist dies schlicht und ergreifend ein Irrtum. Ich bitte dies im Sinne einer funktionierenden Verwaltung für unsere Bürgerschaft künftig zu beachten und professionell zusammenzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei Ihnen im Namen der Fraktion der Freien Wähler für Ihre Aufmerksamkeit sowie die Zusammenarbeit bedanken. Der Verwaltung, insbesondere der Kämmereiamtsleiterin, Frau Gräter, danke ich für die Erstellung des Planentwurfes.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

Anlage zu kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum Haushalt 2022/Stadt Leonberg:

- Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen durch die Verwaltung
- Darstellung der Bevölkerungsentwicklung als Planungsgrundlage für
 Infrastrukturmaßnahmen
- Umsetzung der Priorisierung von Aufgaben
- Wiederbesetzung der Stelle der Ordnungsamtsleitung
- keine Aufstockung des Etats im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, keine
 zusätzliche Stelle
- max. 3 zusätzliche Stellen für das LuK
- Kompensation in der Kernverwaltung von Stellenzuwachs auf der einen Seite durch
 Stellenabbau an anderer Stelle
- keine Stellenaufstockung im Bereich der Sachbearbeitung der Personalabteilung
- Gebäudemanagement: Vor Schaffung einer zusätzlichen Stelle Besetzung der
 vorhandenen Stellen
- keine Stellenaufstockung im Bereich der Umweltplanung
- Gesamtkonzept Straßenplanung
- anstelle von 4,2 Million € für das Jahr 2022 für Stadtmitte/Eltinger Straße Euro 800.000
für die Umsetzung kleinerer, bereits fertiggeplanter Maßnahmen
- Klärung des Themas Radweg zum Glemseck mit dem Land
- Realisierung des Radweges in Richtung Ditzingen
- Schutzstreifen für Radfahrer nach Höfingen
- Warmbronner See: Instandsetzung des Ablaufs
- Bushaltestellen Ortsmitte Gebersheim und Ortsmitte Warmbronn: Wetterschutz
- Vereinbarung des städtebaulichen Vertrages/Zahlungstermine Stadtumbaugebiet

- Verkauf städtischer Bauplätze am Heckenweg zum Haushaltsausgleich
- Umsetzung der Wohngebiete Berliner Straße und Unterer Schützenrain
- Stadthalle: Zeitnahe Umsetzung notwendiger Erhaltungsmaßnahmen
- Erhalt des Alten Rathauses mit Verwaltungsnutzung
- Zurückstellung Schuhfabrik, Einstellung der Nutzung der alten Schuhfabrik durch städtische Einrichtungen
- keine Erweiterung des Rathauses oder Anmietung von Fremdflächen
- kurzfristiger Neubau der Grundschule Warmbronn
- keine zusätzlichen Interimslösungen bei Kindertagesstätten
- Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien, reguläre Bezuschussung auf max. 25 % begrenzen; bei Überschreiten des Zuschußsatzes im Einzelfall :Entscheidung durch das zuständige Gremium.
- Keinen Zuschuss für 2. Bühne Openair Warmbronn
- Stellplatzsatzung

Haushaltsrede 2022 CDU-Fraktion

Elke Staubach

09.November 2021

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Erste Bürgermeisterin Schmid,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen, Zuhörer,
Pressevertreterinnen und Pressevertreter,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

eigentlich könnte ich einen Großteil meiner Rede vom Januar 2021 in Bezug auf den Haushaltsplan einfach wiederholen. „The same procedure as last year“
Themen wie Verkehr, Kitas, Schulen, Wohnbebauung, Stadthalle, Schuldenstand, Personal sind immer noch aktuell.

Aber wo setzen wir denn die Prioritäten, wenn der Schuldenstand bei den geplanten Investitionen Ende 2022 bei mehr als 100 Mill. EUR sein könnte. Wir sagen könnte, werden doch einige Maßnahmen, die wir schon jetzt aktuell in 2021 als wichtig beschlossen hatten, aus den unterschiedlichsten Gründen nicht umgesetzt. Sie stehen dann wieder im Haushalt für 2022 oder aber sind gar nicht mehr in absehbarer Zeit zu finden. „The same procedure“. Und trotzdem dann über 100 Mill. EUR Schulden, wenn alles umgesetzt werden würde.

Und ja, alles redet vom Klima und Einsparung von CO2. Aber betrifft das nur das Thema Verkehr oder gibt es hier nicht viel mehr, was es zu berücksichtigen und zu beachten gilt? Schauen wir uns den Gebäudebestand an. Die Stadtverwaltung Leonberg nutzt wohl um die 200 Gebäude. Sind diese alle mittlerweile energetisch so aufgerüstet, dass sie den Klimazielen gerecht werden? Und würde es nicht viel Sinn machen, diese auf Vordermann zu bringen, damit zum Beispiel

- a) Heizöl oder Gas eingespart wird?
- b) Gebäude durch Solar /Photovoltaik sich weitestgehend selbst versorgen?
- c) der Stromverbrauch hinterfragt und mit intelligenten Lösungen optimiert wird?

Und wirkt es dann nicht auch für die Nutzer positiv, wenn ein Gebäude wieder in neuem Glanz erstrahlt? Explizit im KiTa- und Schulbereich sollte die Stadt Leonberg als Mittelzentrum Vorbild sein. „Leonberg - eine kinderfreundliche Stadt“, so im Leitbild der Kindertageseinrichtungen zu lesen. Überschrift „Das Beste für unsere Kinder“ mit einem Grußwort des OB. Daran wollen wir anknüpfen und sagen zum Thema Kitas:

1. Für die befristete Containerlösung Hohheckstr. **muss** eine Alternative gefunden werden. Läuft die Befristung wohl doch demnächst aus. Und: Die Zahl der KiTa-Kinder geht insgesamt nach oben. Eine Betreuung soll sich nicht nur auf einen Rechtsanspruch zurückziehen, sondern ein breites, flexibles Angebot auch mit Einbeziehung von Tageseltern soll zur Verfügung stehen. Denn wir alle wollen doch, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur eine Worthülse ist, sondern gelebte Wirklichkeit. Daher stellen wir den **Antrag**, dass geprüft wird, inwieweit eine KiTa als ständige Einrichtung zwischen Steinstr. und Fichtestr. erstellt werden kann. Denn auch die Kinder aus dem neuen Layher-Areal und dem zukünftigen Postareal benötigen einen KiTa-Platz.

Haushaltsrede 2022 CDU-Fraktion

Elke Staubach

2. In Warmbronn hat die Verwaltung mit Problemen zu kämpfen, die nicht vorhersehbar waren. Dort gibt es im bestehenden Bebauungsplan im Binsengeweg explizit eine Möglichkeit, eine KiTa zu errichten. Und diese soll ja eigentlich nur als Interimslösung dort hingestellt werden. Wir sagen, anpacken, denn auch in Warmbronn gibt es Engpässe, die sonst immens zunehmen.
3. Von Seiten der CDU-Fraktion wird begrüßt, dass bei den Neubaugebieten Berliner Str. und Unterer Schützenrain KiTa-Plätze mit berücksichtigt werden.
4. Und, dass wohl nun endlich(!) beim ÖZE Bewegung reinkommt. Zumindest stehen die Ausgaben für die jeweiligen Schritte schon mal im HH-Ordner 2022. Aber wir wissen ja, Papier ist geduldig. Aber nun muss endlich die Umsetzung angepackt werden. Hängt doch hier ein Rattenschwanz dran. „The same procedure ...“. Womit wir bei den Schulen wären:
5. Die Sophie-Scholl-Schule beim ÖZE kann ab 2026 nur als Ganztageschule betrieben werden, wenn die Mensa fertig ist. Also Herr Brenner, packen Sie es mit ihren Leuten endlich und umgehend an!
6. Die Grundschule Höfingen wird von der Verwaltungsseite regelmäßig vergessen. In 2020 sollten dringende Baumaßnahmen gestemmt werden, in 2021 waren auch für die energetischen Maßnahmen nur wieder Mittel eingestellt, weil OR und GR Anträge eingebracht hatten. Und in 2022? Das Dach wurde wohl provisorisch repariert und ansonsten? Gähnende Leere was die Umsetzung betrifft aber auch den Haushalt 2022 und Folgejahre. „The same procedure ...“. Wie war das mit dem Thema Klimaziele/Klimanotlage? Und: „eine regelmäßige Unterhaltung der Gebäude führt zum Werterhalt, zur besseren Nutzbarkeit und reduziert den Aufwand für ansonsten notwendige Totalsanierungen“. So steht es in der Broschüre „Kommunalkompass“ vom Bund der Steuerzahler. Dieser Satz gilt generell, nicht nur für die Höfinger Grundschule.
7. Er gilt zum Beispiel auch für die Ertüchtigung der naturwissenschaftlichen Räume am JKG. Wir beantragen, dass die Höfinger Grundschule energetisch, wie geplant, angepackt wird und auch die Räume am JKG, auch aus Sicherheitsgründen, einem aktuellen Standard zugeführt werden.
8. Was wir begrüßen ist, dass nun endlich die dringend benötigte Erweiterung der Grundschule in Gebersheim stattfindet. Zumindest steht es so im HH-Ordner.

Und neben den notwendigen Investitionen darf der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an den Grundschulen ab 2026 nicht aus dem Auge verloren gehen. Ich nenne da nur beispielhaft die Spitalschule, die sich da noch auf den Weg machen muss. „Kinder sind unsere Zukunft!“ Das kann wohl jede oder jeder so unterschreiben. Aber all die Aufgaben müssen gestemmt werden. Dazu benötigt man nicht nur Gelder, vielleicht sogar abgefedert durch öffentliche Zuschüsse, wenn die Gebäude energetisch auf den neuesten Stand gebracht werden, sondern auch qualifiziertes Personal. Sonst stehen die Positionen wieder nur als Zahlen im Haushalt. „The same procedure ...“. Der Stellenmarkt ist ziemlich leergefegt. Daher muss die Stadtverwaltung positiv überkommen, um ihr Personal zu halten und neues zu gewinnen. Dies kann durch Weiterbildungskurse, ein harmonisches Miteinander, ein Ohr zur richtigen Zeit am richtigen Ort oder auch Motivation/Lob sein. Von daher wollen wir an unseren **Antrag** zur „Personalsituation“ erinnern und auch an die anderen Gemeinderäte appellieren, 50 TEUR zu bewilligen, damit hier eine fundierte externe Untersuchung stattfinden kann, damit nicht nur die Fluktuation beendet wird, sondern auch offene Stellen schnell wieder besetzt werden und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig gewonnen werden können und das Betriebsklima dazu motiviert, Mitstreiterinnen und -streiter zu finden.

Haushaltsrede 2022 CDU-Fraktion

Elke Staubach

Jetzt könnte man fragen, wie sollen denn die zusätzlichen Investitionen finanziell gestemmt werden? Und die Verwaltung wünscht ja, dass wir einen Gegenvorschlag bringen, auch wenn sie selbst immer mal wieder irgendwoher noch Gelder herzaubert. Es gibt Positionen die uns im Moment zu hoch erscheinen und wo wir auch die Frage stellen, welche Prioritäten sollte eine große Kreisstadt setzen? KiTas, Schulen, Verkehr oder ?

Ja, wir brauchen auch Verbesserungen, was das Thema Verkehrsströme in der Stadt betrifft. Sicherere Radwege, sichere Überquerungen für Fußgänger, Busbevorrechtigungen etc.. Wir begrüßen daher die Drucksache „Verkehrsversuch Stadtmitte“, mit der in der Eltinger Str. und Brennerstr. geänderte Verkehrsführungen getestet werden sollen. Übrigens ein Vorschlag aus den Reihen der CDU-Fraktion. Aber um wirklich einen realistischen Überblick zu erhalten, sehen wir eine Testlaufzeit von mindestens einem Jahr als notwendig an, um wirklich alle Monate abgebildet zu haben. Auch sehen wir es als hoch ambitioniert an, dass die Umsetzung bereits im März 2022 erfolgen soll. Müssen doch auch einige Zustimmungen von weiteren Akteuren, wie z.Bsp. dem RP eingeholt werden und erst dann kann die Umsetzung erfolgen. Wir beantragen daher, dass eine Umsetzung der endgültigen Maßnahme erst in 2023 startet. Somit wäre die VE über 4 Mill. EUR erst in 2023 anzusetzen. Und 15 Mill. EUR für die Umgestaltung von Straßen in der Kernstadt klingt ziemlich heftig. Dies ist übrigens eine Freiwilligkeitsleistung, die man machen kann oder auch nicht. Für uns stellt sich nicht nur die Frage, welche Prioritäten setze ich sondern auch was muss alles angepackt werden. Klimathemen dürfen nicht vernachlässigt werden, aber was muss auch umgesetzt werden, damit sich Bürger und Besucher in der Stadt wohlfühlen?

Womit wir noch bei einem anderen Punkt wären, der nicht nur uns schon lange und immer wieder beschäftigt. „The same procedure as every year“. Müll, Sauberkeit, verbotswidriges Parken, zu schnelles Fahren, Obstdiebstahl im Außenbereich. Zusatzaufgaben im Ordnungsamt durch Corona, Katastrophenschutz und und... Wir beantragen daher 2 zusätzliche Stellen beim GVD (Gemeindevollzugsdienst), der dann auch den Außenbereich = Feldschütz mit abdecken soll. Und: Wir sehen es als dringend notwendig an, dass wieder ein Amtsleiter zur Verfügung steht, der sich ja dann nicht nur um das Ordnungsamt, sondern auch um das Bürgeramt, die Schnittstelle Polizei / Blaulichtorganisationen, Folgen von Gesetzesänderungen, Problemstellungen aber auch um zukünftige Projekte kümmert.

Und: „The same procedure....“. Und da kann ich nun einfach den Text vom laufenden Haushalt 2021 vorlesen:

Unser Sorgenkind ist immer noch die **Stadthalle**. Hier wurden in 2020 Dank Beschluss des Gemeinderates 500 TEUR für dringend erforderliche Sanierungen eingestellt. Davon wurde in 2020 allerdings kein Gebrauch gemacht. Der Wasserschaden im Foyer ist immer noch vorhanden – hier kommt der „Regen“ von unten -, die Toiletten und die Künstlergarderobe sind kein Aushängeschild. Egal wie die Zukunft der Stadthalle aussieht, kurzfristig muss sie am Laufen gehalten werden, vielleicht sogar mit weiteren Attraktionen wie Nachmittagsveranstaltungen für Senioren oder Jazzfrühschoppen oder oder... . Dazu gehört, dass die Halle einigermaßen positiv für die Besucher überkommt und der Stadthallenbetrieb nicht durch Unwegbarkeiten gefährdet wird. ...“ (Zitatende)

In 2021 wurde leider nichts aber auch gar nix davon angepackt.

Die 500 TEUR stehen nun für das Jahr 2022 als Kapitaleinlage von der Gemeinde im Haushalt der Stadthalle. Aber wo ist die Gegenfinanzierung auf der Sollseite beim städtischen Haushalt? Nach Rückfrage wurde dieser Betrag nicht eingestellt. Da würde

Haushaltsrede 2022 CDU-Fraktion

Elke Staubach

man dann wohl schon eine Position finden, wo man das wegnehmen könnte, wenn an irgendeiner Haushaltsstelle Mittel übrig wären oder nicht abgerufen werden. Wir halten es für ein seltsames Haushaltsgebahren und fordern Wahrheit und Klarheit im Haushalt! Die 500 TEUR müssen als Sollbuchung auch im städtischen Haushalt wiederzufinden sein. Und da die Kreisumlage erfreulicherweise niedriger ist als im Haushalt 2022 ursprünglich angesetzt und damit 1,8 Mill. EUR verfügbare Masse zur Verfügung stehen, sollte die Stadthalle hiervon etwas abbekommen und die evtl. erforderliche Ausgabesumme im städtischen Haushalt abgebildet werden. Wir wissen, auch eine Freiwilligkeitsleistung. Aber es gibt wohl schon viele geplante Termine für 2022, auf die sich die Leonberger und Gäste aus dem Umland freuen. Daher auch endlich anpacken und zwar umgehend, sobald der Haushalt vom Regierungspräsidium genehmigt wurde.

Und wir hoffen natürlich, dass wir für 2023 nicht wieder sagen müssen:
„The same procedere as last year oder every year.“

Es gibt noch weitere Punkte, die es anzupacken gilt. Diese finden Sie auf unserer separaten Antragsliste.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts unter erschwerten Bedingungen, allen voran Frau Gräter und Herrn Neukamm und allen anderen, die im Vorder- und Hintergrund am Haushalt aber auch an der Umsetzung von Beschlüssen mitgewirkt haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

(HH-Rede und Antragsliste unter www.cdu-fraktion-leonberg.de/Politik/Haushaltsreden)

Haushalt 2022

Bereits in HH-Rede genannte Anträge:

	Thema	Betrag	Antrag	Erläuterungen	Mögliche Gegenfinanzierung
P-Ausschuss: Seite 696	Straßenbaumaßnahmen Kernstadt	Insg. 15 Mill.EUR	Mind. 1-jährigen Probelauf abwarten	Ansätze schieben, da dann erst Auswertung erforderlich ist	
V-Ausschuss:					
	Personalsituation	50 TEUR	Unser Antrag vom 11.10.2021		Reduzierung Leistungen BBH (Baubetriebshof); Gemeindestraßen Seite 245
	Neueinstellungen 2 x GVD	???	2 weitere Vollzeitstellen beim Gemeindevollzugsdienst (GVD) incl. „Feldschütz“-Tätigkeiten	s. HH-Rede	Trägt sich wohl selbst lt. einem Bericht in der Stuttgarter Zeitung 21.10.2021
	Wiederbesetzung Amtsleiter Ordnungsamt	???	Wiederbesetzung der von der Verwaltung gestrichenen Stelle	s. HH-Rede	
Eigenbetrieb Stadthalle:	Sanierungsstau abarbeiten	500 TEUR	Sanierungen Stadthalle umsetzen (Toiletten UG + EG, Künstlergarderoben, Rohre, Wasserschaden etc.)	Damit laufender Betrieb störungsfrei funktioniert; bereits im HH 2020 und 2021 zu finden und nicht umgesetzt	500 TEUR über eingesparter Ansatz Kreisumlage
S-Ausschuss:					
Seite 519	Planung KiTa-Bau Steinstr./Fichtestr.	? EUR	Bau einer erforderlichen KiTa	Dringender Bedarf lt. Drucksache Bedarfplanung	
Seite 534	Interimskita- Warmbronn Binsenweg	800 TEUR?	Erforderliche KiTa-Plätze im Ortsteil einrichten	Dringender Bedarf lt. Drucksache Bedarfplanung	
Seite 391	Grundschule Höfingen	100 TEUR + 230	Endgültige Dachsanierung anpacken! Energetische Sanierung erste Rate wieder einstellen	Undichte Fenster etc. sind lange bekannt; Haushaltsposition wurde immer wieder gestrichen	Seite 696 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt

Haushalt 2022

		TEUR			
Seite 402	JKG NTW-Vorbereitungsräume	2022 : 120 TEUR 2023: 120 TEUR	Naturwissenschaftlicher Raum aus Sicherheitsaspekten ertüchtigen	Lt. HH-Plan 2021 Seite 409	Seite 696 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt

Weitere Anträge CDU-Fraktion HH 2022:

	Thema	Betrag	Antrag	Erläuterungen	Mögliche Gegenfinanzierung
Alle Bereiche:					
	Schuldenreduzierung	???	Geplante Investitionen, die in dem aktuellen HH nicht realisiert werden, zur außerordentlichen Schuldentilgung nutzen	Reduziert Schuldenstand und schafft Freiräume für die Folgejahre	----
V-Ausschuss:					
neu	Videoüberwachung	???	Überwachung an Containerplätzen oder illegalen Müllplätzen in Absprache mit Landkreis BB.	Einrichtung anhand der gesetzlichen Möglichkeiten. Hierzu gibt es Seminare der VWA-Hochschule. Müllproblematik eindämmen	
Seite 114	Leasing EDV-Geräte GR + OR	- 17 TEUR	Neuanschaffung streichen	Austausch der Geräte sehen wir als nicht erforderlich an	
Seite 145	Überwachung/Überprüfung wilder Müll, Obst-Diebstahl etc.	Je Gerät max. 500,00 EUR für Vernetzung	Einrichtung von Geoportal.de oder GIS auf städtischen Handys und erforderliche Freischaltung	damit der GVD (Gemeindevollzugsdienst) Eigentümer/Pächter bei der Kontrolle vor Ort zuordnen kann	Wird aus Gesamtbudget finanziert

Haushalt 2022

Seite 145/146	Taubenpopulation	??	Population eindämmen; bei anderen Kommunen oder Städtetag Ideen einholen	Eindämmen insbesondere an öffentl. Plätzen (Marktplatz), stark frequentierte Wohngebiete = Verkotung /Gesundheitsgefahr	Eingesparter Ansatz Kreisumlage
	Sachbearbeitung Marktwesen (Personal)	- ? EUR	Erhöhung von 20 % <u>auf</u> 50 %;	Um 50% wäre mehr als eine Verdoppelung	
	Digitale Sicherheit im Rathaus	??	Vor Cyberattacken geschützt? Gelder erforderlich?		
S-Ausschuss:					
TH03	Schulleiterbudget	+90 TEUR	Ansatz 2021 wieder herstellen	Beschluss Schulbeirat	Eingesparter Ansatz Kreisumlage
TH03	Personal Sekretariat	???	Aufstockung um 100% = 1 Vollzeitstelle, verteilt auf mehrere Sekretariatsstellen	Kam als Hinweis von der Verwaltung	
Seite 191/271	Strohlände	+10 TEUR	Zuschuss für Event	Veranstaltung strahlt weit über Leonberg hinaus =Positivwerbung	Eingesparter Ansatz Kreisumlage
Seite 214	Jugendbeteiligung	+ 43 TEUR	Budget erhöhen	u.a. noch offen: Ehrenamts-card, Wasserspender an Schulen	Leistungen BBH Gemeindestr.
Seite 393/395	Pausenhof Schellingschule / Gerhart-Hauptmann-Realschule (GHR)	2022: 30 TEUR (-70 TEUR) VE 2022/2023: +150 TEUR	Planung Umgestaltung gemeinsamer Pausenhof Schellingschule, GHR; Umsetzung in 2023	Platzbedarf wegen höherer Schülerzahlen und Ganztagsbetreuung	
Seite 398	Ostertag-Realschule Lehrküche	Planung 2022: ? EUR Umsetzung 2023: ? EUR	Die Lehrküche muss auf ein aktuelles Niveau gebracht werden.	Eingerichtet 1983(!), Schüler Bereich Hauswirtschaft Anzahl steigend	
Seite 567	Stadtgarten	-100 TEUR	Gestaltung incl. Spielplatz schieben	Bebauung Postareal direkt	

Haushalt 2022

	Layher/Bahnhofstr.			daneben; Bürger bei Gestaltung einbinden!	
	Leobad		Endabrechnung nach Fertigstellung noch offen		
NEU	Azubi Bäderbereich	???	Auszubildendenstelle im Bäderbereich ausschreiben	Personal dort Mangelware	
P-Ausschuss:					
Seite 228	Gebersheim, Hohe Steige	+ 15 TEUR	Machbarkeitsstudie wg. evtl. Bebauung	Siehe hierzu HH 2021	
Neu	GPS für Fahrzeuge BBH	???	Fahrzeuge mit GPS ausstatten	Damit Abläufe optimiert werden können; EuGH-Urteil beachten	Leistungen BBH Gemeindestr.
	Fahrzeugpool BBH	+/-0	Konzept entwickeln	damit Standzeiten der Fahrzeuge verringert werden	
	Neuanschaffungen Fahrzeuge (alle)		Detailliertere Angaben gewünscht (Nutzung, km, Gründe Neuanschaffung)	reduziert die Nachfragen	
Seite 245	Leistungen BBH Gemeindestr.	-500 TEUR	Ansatz der Leistungen von 2019 einstellen	Alter Ansatz <u>vor</u> Corona	
Seite 255	Leistungen BBH öffentl. Grün	-160 TEUR	Ansatz der Leistungen von 2019 einstellen	Alter Ansatz <u>vor</u> Corona	
Seite 313	Ersatz Transporter Leo-S 1102	- 40 TEUR	Fahrzeug zu einem späteren Zeitpunkt neu beschaffen	lt. Verwaltung kann Neuanschaffung geschoben werden	
Seite 650	Radverkehrsanlagen Glemseckstr.	- 40 TEUR	Anlagen schieben auf 2023	Es soll erst Neubau Ecke Glemseckstr./Badstr. insg. erledigt werden	
Seite 740	Radweg Wehr an der Clausenmühle	+/-0	Verlängerung Glemsradweg mit einplanen = Machbarkeitsstudie	In der Machbarkeitsstudie soll der Radweg mit aufgeführt werden; wie schon für HH 2021 beantragt	
	Stellenerhöhung	- ? EUR	Erhöhung (+25%) streichen	Klimamanager als neue Stelle	

Haushalt 2022

	„Umweltplanung“		bereits genehmigt	
--	-----------------	--	-------------------	--

Stand: 09.11.2021

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion am 09.11.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Haushalt liegt glücklicherweise nicht auf der Intensivstation, er leidet aber weiterhin erkennbar unter den Symptomen der Covid-Pandemie. Eine Booster Impfung, also die Injektion von Finanzspritzen würde sicher helfen, steht aber leider seitens Land und Bund nicht in Aussicht. Allerdings – die Therapie der Verwaltung, mit der Rasenmäher - Methode die Symptome zu bekämpfen, die halten wir nicht für zielführend. Die ebenso pauschale wie willkürliche Kürzung aller Aufwandpositionen im Haushalt um 15% lässt keine Schwerpunkte und Priorisierung der Themen zu.

Am Beispiel des **Schulleiterbudgets** wird das sehr deutlich. Hier zu kürzen in dem Wissen, dass Schülerinnen und Schüler (ebenso wie die Lehrkräfte) besonders unter den Auswirkungen der Pandemie zu leiden hatten (und immer noch leiden), dass erheblicher Nachholbedarf in Sachen Bildung vorhanden ist, das ist schlicht und ergreifend ein verstörendes Signal zur völlig falschen Zeit.

Im Gegenteil, die Mittel müssen gerade auch für den Ganztagesbetrieb aufgestockt werden. Von den komplizierten und komplexen Defiziten und Herausforderungen der Digitalisierung in den Schulen ganz zu schweigen (hier werden die eingestellten Mittel wohl angesichts des personellen Engpasses trotzdem ausreichen).

Gleiches gilt für den unübersehbaren Nachholbedarf beim Thema **Stadtsauberkeit**. Ich will gar nicht verhehlen, dass es hier auch Fortschritte gibt, wenngleich die vielen Ideen und Vorschläge aus unserer Konzeption aus dem Jahre 2019 allenfalls ansatzweise aufgegriffen wurden. Neu aufgestellt Bänke im öffentlichen Raum, Bushaltestellen, neue Spielplätze fast immer ohne Papierkorb – das geht gar nicht.

Die App „Leo-OH“ wird, wie man hört, viel genutzt, könnte allerdings nicht nur auf Bürgerimpulse hin, sondern durchaus auch präventiv genutzt werden. Die „Hotspots“ in der Stadt sind ja durchaus bekannt. Wir freuen uns daher sehr, dass die Lokale Agenda die Stadtsauberkeit zum Jahresthema gemacht hat und erwarten auch von dieser Seite einen kräftigen Schub.

Sowohl bei den Schulen, wie auch bei der Stadtsauberkeit beantragen wir, die Kürzungen zurückzunehmen.

Was ist denn nun aber die geeignete, wie man so schön sagt, „ganzheitliche“ Therapie für den Haushalt, anstelle des Herumdokterns nur an Symptomen?

Darüber haben wir uns zuletzt vor über einem Jahr im Rahmen der Haushaltsklausur unterhalten. Bei den bedeutenden **baulichen Investitionen** müssen wir eine klare Priorisierung und zeitliche Reihenfolge beschließen. Spätestens dann, wenn man die Auflistung an überfälligen Baumaßnahmen vor Augen hat, müsste auch den Letzten klar werden, die Sanierung der Alten Schuhfabrik durch die Stadt ist reine Utopie und verschwendete Zeit.

Es kann und darf auch nicht nur um den Neubau von Kitas am Fließband gehen, sondern zwingend auch um den Erhalt städtischen Vermögens. Damit meinen wir die dringend nötige Sanierung (teilweise auch Erweiterung) von Schulen, sowie von Mehrzweck-

und Sporthallen. Wir können es uns einfach nicht leisten, dass eine dieser Hallen „wegbricht“.

Der Schul- und Vereinssport ist während der Corona Pandemie monatelang völlig zum Erliegen gekommen mit verheerenden Auswirkungen auf die Bewegungsdefizite nicht nur von Kindern. Eigentlich müssen wir im Zuge der Realisierung des „Bildungscampus Ezach“ (was für eine Wortschöpfung!) sogar konkret darüber nachdenken, dort eine weitere Sporthalle zu errichten.

In Warmbronn etwa gab es zuletzt einen fatalen Stillstand beim dringend notwendigen Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder. Hier gilt es keine Zeit mehr zu verlieren. Mit der Altbausanierung der Schule und dem Bau der Interims-Kita muss nun zügig begonnen und parallel dazu die Planung für die Erweiterung der Schule und einer neuen Kita begonnen werden.

Auch die Weiterentwicklung des Jugendplatzes im Stadtpark ist ins Stocken geraten. Für die engagierten Mitglieder des Jugendausschusses ist dies eher ernüchternd. Die nächsten Umsetzungsschritte müssen wir in 2022 unbedingt vornehmen.

Wir verkennen nicht die begrenzten personellen Kapazitäten im städtischen Baudezernat, daher haben wir schon mehrfach angeregt, zu prüfen, inwieweit große städtische Projekte auch an externe Dienstleister vergeben werden können, um die stadteigenen personellen Ressourcen zu entlasten. Nur so können wir dem Investitions- und Sanierungsstau Herr werden.

Für all diese Projekte müssen Standards festgelegt, bereits bei der Planung die Kosten gedeckelt und die Planung durch externes Controlling überprüft werden. Im Gegensatz zur Ansicht der

Verwaltung sind wir der Meinung, dass dies unterm Strich Kosten spart.

Und dass bei rechtzeitiger Sanierung von Gebäuden **Energieeinsparungen** in nennenswertem Umfang möglich sind, dürfte unstrittig sein, ebenso wie die Tatsache, dass Flickschusterei (wie Abdichtung des Daches einer Schule mit einer Haltbarkeitsdauer von für 1 oder 2 Jahren) perspektivisch eher zu Mehrausgaben führt.

Wir finden es in diesem Zusammenhang gut, dass weitere Mittel für Fernüberwachungssysteme wie intelligente Thermostate eingestellt wurden, wenngleich noch keine Zeit war, dem Gemeinderat einen Erfahrungsbericht hierzu vorzulegen.

Erhaltung, optimale Nutzung des städtischen Vermögens ist ein Gebot der Nachhaltigkeit, sowohl unter finanziellen, wie auch unter ökologischen Aspekten.

Auch an Stellen, wo dies offenbar für Manche nicht auf den ersten Blick erkenntlich wird. Im Süden von Eltingen wurden in den vergangenen Jahren nahezu 30 Mio.€ investiert. 15 Mio. von der Stadt für die gelungene Erneuerung des **Leobades**, fast 12 Mio. vom SV Leonberg/Eltingen für sein modernes Sportvereinszentrum. Auch darin steckt ein siebenstelliger kommunaler Zuschuss. Quasi vor der Haustüre gibt es einen großzügigen städtischen Parkraum, ein geradezu perfekter Standortvorteil für beide Einrichtungen. Daher hat der Gemeinderat im Mai 2020 (vor 1,5 Jahren!) beschlossen, dass dieser – zumindest während der Freibadsaison – ausschließlich deren Nutzern zur Verfügung stehen soll.

Ich möchte an der Stelle jetzt nicht weiter vertiefen, was ich und sicherlich auch anderen Mitglieder des Gremiums davon halten, wenn Beschlüsse des Gemeinderates in dieser Art und Weise versehentlich oder willentlich ignoriert werden.

Fakt ist jedenfalls, dass dem SV der zusätzliche Bau eines millionenteuren Parkhauses erlassen wurde mit dem Hinweis auf die ja vorhandenen (gedanklich) zugeordneten Parkmöglichkeiten. Fakt ist auch, dass es für kommunales Familien- und Freizeitbad ein unschätzbare Standortvorteil ist, großzügige Parkmöglichkeiten (incl. dem Ausweichparkplatz an der Berliner Str.) aufzuweisen, spätestens wenn wir uns in der Nach Corona Zeit wieder über ein gut besuchtes Bad freuen.

Auch die **Anzahl der Parkplätze** dort könnte mit geringem Aufwand und etwas gutem Willen optimiert werden. Allein mit der Kennzeichnung der Parkbuchten und dem Rückbau der ökologisch wertlosen Pflanzbeete ließe sich die Kapazität ohne Weiteres um 10% steigern.

Aber auch andernorts in der Stadt steigt der Parkdruck kontinuierlich. Man muss sich einfach mal vergegenwärtigen, dass in baden-württembergischen Städten parkende Fahrzeuge im Durchschnitt bis zu 20% der Verkehrsflächen in Anspruch nehmen. In Anbetracht der Notwendigkeit, nachhaltige Mobilität weiter auszubauen, ist eine möglichst gerechte **Neuordnung des öffentlichen Raums** erforderlich, um eine Verkehrswende einzuleiten. Der Gesetzgeber hat den Kommunen mehr Spielraum bei den Gebühren für's Anwohnerparken eingeräumt – den sollten wir nutzen.

Parkraummanagement – das ist aus unserer Sicht eine Königsdisziplin der Verkehrswende - macht Städte grüner, sorgt für weniger Suchverkehr, für bessere Luft, erhöht die Sicherheit und lässt Geschäfte von mehr Fuß- und Radverkehr profitieren.

Beim Thema **Verkehr** möchte ich aber auch nicht verhehlen, dass einiges auf den Weg gebracht wurde, was wir für gut und richtig halten: der neue Verkehrsrechner, die geplanten

Durchlassregulierungen mit Vernetzung in die regionale Mobilitätsplattform, die ersten zusätzlichen Zebrastreifen und manches mehr. Und klar, manches dürfte natürlich auch schneller gehen...

Keine Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion ohne das Thema „**bezahlbarer Wohnraum**“ – zumindest ist das, ich habe nachgeschaut, seit 2014 der Fall. Und vor 2 Jahren habe ich mich über ein großes Bauvorhaben in unserer Stadt wie folgt geäußert: „...ich komme schon stark ins Grübeln, wenn ein Investor...auf Anfrage weder sagen konnte, wo genau auf dem TSG-Areal bezahlbare Wohnungen erstellt werden und schon gar keine Ahnung davon hatte, nach welchen Kriterien diese vergeben werden sollen“. Ich habe kritisiert, dass in seinem Internetauftritt kein Satz zu bezahlbarem Wohnraum stand, stattdessen aber an prominenter Stelle eine 3-Zimmer-Wohnung für über 900T€ angepriesen wurde.

Seine fehlende Kompetenz beim Bau von bezahlbarem Wohnraum hat der Investor zwischenzeitlich auch unter Beweis gestellt. Das dürfen wir ihm nicht durchgehen lassen. Wir fordern die Verwaltung auf, mit allen verfügbaren Mitteln durchzusetzen, dass dort wie vertraglich vereinbart 25% bezahlbarer Wohnraum entsteht. Wir brauchen die Wohnungen! Ansonsten machen wir uns unglaubwürdig und schaffen einen völlig indiskutablen Präzedenzfall vor den Hintergrund der immer dramatischer werdenden Wohnungsproblematik in unserer Stadt.

Nur noch ein Satz zum **Investorenauswahlverfahren an der Berliner Straße**: Nachdem wir im Gemeinderat ärgerlicherweise gegen den erkennbaren Widerstand der Verwaltung gleich zweimal beantragen mussten, dass dort bei der Auswahl des Investors dessen Kompetenz beim Bau bezahlbaren Wohnraums ein wichtiges Kriterium sein muss,

werden wir mit Argusaugen darüber wachen, dass so etwas wie beim TSG-Areal nie wieder passiert.

Der Arbeitsmarkt im Öffentlichen Dienst ist extrem angespannt. Dies gilt in besonderem Maße für die Kinderbetreuung, wenngleich wir den Eindruck haben, dass hier in Leonberg – im Vergleich zu vielen anderen Städten und Gemeinden – sehr gute Arbeit geleistet wird. Wir müssen dennoch aufpassen, dass wir nicht eine Kita nach der anderen bauen, ohne diese dann mit qualifiziertem Personal auch betreiben zu können. Wir haben Zweifel, ob angesichts der mangelhaften Unterstützung seitens Bund und vor allem Land, alle berechtigten Ansprüche der Eltern zukünftig erfüllt werden können.

Auch die Fluktuation und die spezifischen Schwierigkeiten bei der Wiederbesetzung von Führungspositionen bereitet uns aufgrund der Erfahrungen des vergangenen Jahres zunehmend Sorgen. Wir regen an, in diesem Segment künftig ein externes Personalberatungsunternehmen einzuschalten und verbinden damit die Hoffnung auf ein breiteres, möglicherweise auch qualifizierteres Bewerberfeld und höhere Verlässlichkeit und Verbindlichkeit bei den Zusagen von Bewerbern. Das kostet Geld, erhöht sicherlich aber die Effizienz und entlastet die Personalabteilung. Insoweit soll an der beantragten 50% Stelle bis zur Entscheidung darüber zunächst ein Sperrvermerk angebracht werden.

Wird der Leonberger Haushalt nun dauerhaft an Long Covid leiden? Angesichts seiner Vorerkrankungen – Stichwort: strukturelles Liquiditätsdefizit – ist die Sorge zumindest berechtigt. Das Finanzdezernat plant perspektivisch mit einer sehr optimistischen Einnahmesituation etwa bei der Gewerbesteuer. Niemand aber weiß, wie lange produzierende Unternehmen, Handwerk und Handel noch mit instabilen, teilweise unterbrochenen Lieferketten zu kämpfen haben.

Seit der letzten Haushaltsklausur vor einem Jahr ist konzeptionell wenig passiert, was zu einer Entlastung der Haushaltssituation beiträgt. Dabei waren wir uns einig, mindestens einmal im Jahr eine **Strategieklausur** zwingend durchzuführen zu müssen. Dies betrifft übrigens sowohl die Entwicklung unseres Haushalts – wie auch die Entwicklung der Stadt im Ganzen. Strategien müssen turnusmäßig auf ihre Umsetzung hin überprüft und ggf. neuen Erfordernissen angepasst werden. Ein Termin ist im Sitzungskalender nicht zu finden.

Wir sehen auch nach wie vor erheblichen Sand im Getriebe innerhalb der Verwaltung, insbesondere bei der dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit. Ansätze zur Behandlung des maladen Haushaltes gibt es schon – es bedarf halt einer konsequenten, nachhaltigen und oft auch mühevollen Umsetzung dieser Maßnahmen – und es bedarf viel guten Willen seitens *aller* Beteiligten zum Wohle unserer Stadt.

Abschließend möchte ich mich bei Allen in der Verwaltung bedanken, die an der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, insbesondere bei Frau Gräter und ihrem Team. Und bei Ihnen, liebe Anwesende bedanke ich mich für's geduldige Zuhören.

Ottmar Pfitzenmaier

Für die SPD – Fraktion im Gemeinderat

Anträge der SPD – Fraktion zum Haushalt 2022

Schulen

- Verzicht auf die pauschalen 15% - Kürzungen beim Schulleiterbudget und Berücksichtigung von Ganztagesbetreuungsangeboten und Vorbereitungsklassen mit einer angemessenen finanziellen Größenordnung (siehe Beschlussempfehlung des Schulbeirates).
- Beseitigung der Defizite in der Digitalisierung der Schulen mit Hochdruck. Schnellstmögliche Besetzung der dafür zur Verfügung stehenden Stellen in der Verwaltung. Einbindung/Auswahl eines geeigneten externen Dienstleisters zur Unterstützung.

Sauberkeitsoffensive

- Verzicht auf die pauschalen 15% - Kürzungen bei den Haushaltspositionen „Abfallbeseitigung“ (Erhöhung auf 45T€) und „Sauberkeit“ (Erhöhung auf 50T€).
- Keine Bank im öffentlichen Raum ohne Mülleimer, kein städtischer Spielplatz ohne Mülleimer, keine Bushaltestelle ohne Mülleimer.
- Erfahrungsbericht zum Einsatz der Kehrmaschinen Mitte des Jahres 2022.

Städtische Bauinvestitionen/Sanierungen

- Beschlussvorlage, mit welcher Priorisierung/in welcher Reihenfolge welche (großen) Neubau-/Sanierungsmaßnahmen zeitlich in den nächsten Jahren angegangen werden. Prüfung in diesem Zuge, ob durch die Einbindung externer Dienstleister zusätzliche Projekte umgesetzt werden können.
- Machbarkeitsstudie zum Neubau Kita und Erweiterung Grund- zur Ganztageschule auf den städtischen Grundstücken in Warmbronn „Auf dem Schulberg“ unter Berücksichtigung des Waldabstandes im 1. Quartal 2022.
- Realisierung der nächsten Umsetzungsschritte beim Jugendplatz im Stadtpark (Sitzgelegenheiten und Grillvorrichtung).

Städtischer Parkplatz Leobad/SV Leonberg/Eltingen

- Information des Gemeinderates/zuständigen Ausschusses noch im 1. Quartal 2022, wie der Beschluss vom Mai 2020 (Parkmöglichkeiten ausschließlich für Besucher des Freibades und der Sportanlagen des SV) im Hinblick auf die Freibadsaison 2022 umgesetzt wird (incl. Ausweichparkplatz an der Berliner Straße).

- Kennzeichnung der einzelnen Parkbuchten in geeigneter Weise, um damit die Parkplatzkapazität nennenswert zu steigern (Umsetzung bis zum Beginn der Freibadsaison 2022).

Verkehr/Mobilität/Neuordnung des öffentlichen Raums

- Wiederholt: Erstellung eines flächendeckenden Konzepts zum Parkraummanagement (insb. Anwohnerparken). Lt. Verwaltung seit 12/2019 „in Arbeit“, für 2020 „zugesagt“).
- Seit Jahren unerledigter Auftrag: Der Straßenbelag der Bismarckstraße ist in einem sehr schlechten Zustand, was auch erhöhte Lärmwerte verursacht. Die beteiligten Versorgungsunternehmen haben ihre Leitungen im Untergrund längst erneuert. Umsetzung wurde für Herbst 2021 (erneut) in Aussicht gestellt.
- Wiederholt: der (sogenannte) Radweg von Eltingen Richtung Glemseck wurde vor mehreren Jahren im Zuge von Straßenbaumaßnahmen schwer in Mitleidenschaft gezogen und muss dringend saniert werden. Dies ist eine bedeutende Verbindung nach Stuttgart. Die Sanierung vorhandener Radwege ist u. E. schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit dem Neubau von überdimensionierten teuren Radschnellwegen vorzuziehen. Im Oktober 2021 sollte ein weiteres Gespräch mit dem RP diesbezüglich erfolgen.

Bezahlbarer Wohnraum

- Ausschöpfung aller (auch rechtlicher) Möglichkeiten, um die Quote von 25% bezahlbarem Wohnraum auf dem TSG-Areal herzustellen.
- Aktive Information unserer Bürger durch die Stadtverwaltung (Amtsblatt, Homepage, Soziale Medien), um die Kriterien, die für einen Wohnberechtigungsschein zu erfüllen sind, einer breiteren Bevölkerungsschicht bekannt zu machen.

Arbeitsmarkt/Personal

- Sperrvermerk bei der beantragten Erhöhung einer mit 50% vorhandenen Stelle in der Personalabteilung um zusätzliche 50% (BV 2021/291 lit.4). Stattdessen soll (zunächst versuchsweise) bei vakanten Führungspositionen in der Verwaltung künftig eine Personalberatung mit der Akquisition von geeigneten Bewerbern beauftragt werden. Ein entsprechender Betrag ist in den Haushalt einzustellen. Ziel: breitere Auswahl, gezieltere Ansprache, mehr Verbindlichkeit.

Laufende Kosten

- Erfahrungsbericht zu den Erkenntnissen aus dem Einsatz von modernen Fernüberwachungssystemen in städtischen Gebäuden (war für 2021 vorgesehen).
- Erneut: Überprüfung aller relevanten laufenden Verträge hinsichtlich Wartungsleistungen, abgeschlossenen Versicherungen und zur Telekommunikation.

Über daraus resultierende Einsparpotenziale sollte bereits 2021 berichtet werden. Dies soll nun im 2. Quartal 2022 erfolgen.

Strategieklausur

- Die Festlegung einer nachhaltigen Strategie für die Stadtentwicklung Leonbergs macht nur Sinn, wenn diese regelmäßig auf Umsetzung überprüft und bei Bedarf aktuellen Entwicklungen angepasst wird. Dies muss (mindestens) einmal jährlich erfolgen. Wir bitten einen zeitnahen Termin für 2022 anzuberaumen und eine Klausurtagung in den Folgejahren von vorne herein in den Sitzungsplan verbindlich zu integrieren. Gleiches gilt für die Haushaltspolitik.



Haushaltsrede

09.11.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Frau erste Bürgermeisterin Schmid,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine Damen und Herren,

2021 war ein außergewöhnliches Jahr: Umgang mit der Pandemie, Landtagswahl, Bundestagswahl, Wahl der 1. Bürgermeisterin in Leonberg, Beschluss Postareal. Alles vollbracht, die Zukunft ist eingeläutet. In Leonberg mit der Einbringung des Haushalts 2022. Die Tagesordnungen und die Beschlüsse des Gemeinderates im laufenden Jahr zeigen viele interessante Ideen auf, die nunmehr ihrer Umsetzung harren. Finanzielle Rahmenbedingungen sowie personelle Engpässe schränken den Vollzug jedoch ein.

1. Ergebnishaushalt

Das Resultat des **Ergebnishaushaltes** ist selbst bei Entnahme aus der Rücklage leider nicht befriedigend, obwohl wir durch Kompensationszahlungen verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen sind. Dennoch, das Defizit des Ergebnishaushaltes entwickelt sich trotz fragwürdiger 15-Prozent Pauschalkürzung besorgniserregend und da diese Entwicklung nur teilweise aus verringerten Einnahmen resultiert, muss die Ausgabenseite vermehrt in Augenschein genommen werden. Der Nettoressourcenbedarf vieler freiwilligen Leistungen und Einrichtungen ist unverändert sehr hoch. Auffallend sind oftmals die recht hohen Aufwendungen für interne Leistungen. Steckt hier möglicherweise ein hoher Bürokratieaufwand dahinter?

2. Finanzhaushalt

Um den Finanzbedarf für den **Finanzhaushalt** zu decken, sind weitere Kreditaufnahmen erforderlich, was sich aus dem geringen Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt und dem Investitionsbedarf ergibt. Für den Ansatz 2022 erscheint dieser Plan verständlich, in der mittelfristigen Finanzplanung scheinen uns die Ansätze zu optimistisch, obwohl die Schulden deutlich ansteigen. Es gibt viele Baustellen, ich erinnere nur an die Stadthalle, die Schuhfabrik, an den Bedarf zusätzlicher Kitas sowie der Sanierungsbedarf vieler städtischen Gebäude.

3. Verwaltung

Aus unserer Sicht ist es erforderlich, die Verwaltungsstrukturen zu verschlanken und Aufgaben von Stabsstellen an die Dezernate zu übergeben. Eigenverantwortliches Handeln und Umsetzen von Projekten unter Einhaltung von Meilensteinvorgaben sehen wir als richtiges Konzept für die schnelle Umsetzung der zuletzt doch sehr schleppenden Vorhaben.

In erster Linie ist es wichtig, ein Führungsteam und ein organisiertes Management zu haben, das die Weichen stellt, elementare Probleme erkennt und schnell handelt. Weiterhin sind motivierte Mitarbeiter in einer angenehmen Arbeitsumgebung die tragenden Säulen einer Verwaltung. Der Bindung der eigenen Mitarbeiter sollte dabei eine hohe Priorität eingeräumt werden.

In einer modernen Verwaltung soll die Digitalisierung zur Optimierung der Geschäftsprozesse eingesetzt werden. Deshalb muss auch innerhalb der Verwaltung eine Digitalisierungsstrategie entwickelt werden. Wir beantragen, dass die Geschäftsprozesse auf ihre Eignung nach Digitalisierung analysiert werden.

4. Zukunftsthemen Haushalt

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Kosten der fossile Energieträger für Heizung, Strom und zukünftig auch für das kostbare Wasser und damit unweigerlich auch dem Abwasser erheblich steigen werden. Dies wird zwangsläufig auch höhere Aufwendungen für die Bäder, Hallen und kommunalen Gebäude mit sich bringen. Deshalb bedarf es Konzepte der Kostendeckung und insbesondere eine Priorisierung der Maßnahmen.

Die Bäderbetriebe belasten den Haushalt mit ca. 2700 Euro je Tag. Gleiches gilt für die Stadthalle und die Interimskindergärten. Steigende Unterhaltskosten führen dazu, dass wir nur für diese 3 Bereiche zukünftig täglich 10.000 Euro aufwenden müssen. Deshalb ist es zwingend erforderlich in Klausur zu gehen und notwendige Strategien zu entwickeln den Haushalt tragfähig und zukunftsorientiert zu optimieren.

5. Stadtentwicklung

Eine schon oft vorgebrachte Forderung nimmt endlich Gestalt an, eine Neuausrichtung der **Stadtentwicklung** mit dem Ziel den Flächennutzungsplan fortzuschreiben und zu erneuern. Aspekte wie Klimaschutz, bezahlbares Wohnen, modernes Arbeiten, Stadt der kurzen Wege sind zu berücksichtigen. Der Begriff „Stadt für morgen“ muss definiert und durch konkrete Konzepte hinterlegt werden.

Uns ist unter anderem wichtig, dass wir den wohnungssuchenden Menschen auch künftig ein Angebot unterbreiten können. Nur so halten wir im Wettbewerb in der Region unsere Attraktivität.

Wohnen an der Berliner Straße und im Unteren Schützenrain sind Bausteine dazu. Sie sind um weitere Angebote zu ergänzen, beispielhaft um Gebiete nördlich der Fontanestraße in Höfingen, Unter dem Mühlberg in Gebersheim oder Hasensaul in Leonberg.

Eine Fehlentwicklung vor allem unter verkehrlichen Gesichtspunkten wäre die Realisierung eines Güterverteilzentrums wie offenbar in Höfingen vorgesehen und von vielen Bürgern befürchtet. In Renningen wurde ein derartiges Ansinnen vom gleichen Investor wegen unzumutbarer Verkehrsbelastung durch Erlass einer Veränderungssperre verhindert. Warum in Leonberg nicht?

6. Gesundheitscampus und Berufsschule

Wichtig erscheint uns die Weiterentwicklung des **Krankenhaus- und Berufsschulareals**. Das Areal um das Krankenhaus könnte zu einem Gesundheitszentrum entwickelt werden. Dies würde unser Leonberger Krankenhaus stärken und zukunftssicher machen. Dem zunehmend dringenden Bedarf an Hausarztpraxen könnte entgegengewirkt werden.

Auch das Berufsschulzentrum muss sich weiter entwickeln und Ausbildungen für neue Berufsfelder anbieten.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, in einen intensiven Kontakt mit der Landkreisverwaltung zu treten, um hier gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Platz für Wohnungsbau sehen wir westlich des Krankenhausareals.

7. Mobilität und Verkehr

Zur Stadtentwicklungsplanung gehört auch das Thema **Mobilität und Verkehr**. Es gibt ja durchaus Fortschritte und nachdem nunmehr die Stelle für nachhaltige Mobilität besetzt ist, kann man sicher mit Ideen und vor allem auch mit Umsetzungen rechnen. Zur provisorischen Einrichtung von sogenannten Umweltpuren in der Eltinger Straße und der Brennerstraße werde ich mich im Planungsausschuss äußern. Uns ist wichtig, keine Alibilösungen mit ausschließlichem Symbolcharakter zu realisieren, sondern Lösungen, die sicher und effizient sind.

Vorankommen sollten wir endlich bei den Fußgängerquerungshilfen, sei es mit dem Projekt 1000 Zebrastreifen in Höfingen, in der Stuttgarter Straße oder an weiteren Kreisverkehren. Mit verhältnismäßig wenig Aufwand kann man da viel erreichen. Entsprechende Mittel sind ja im Haushaltsplan eingesetzt, die Bevölkerung steht voll und ganz dahinter.

Eine Verkehrswende gelingt nur, wenn man auch den Fahrradverkehr einbezieht.

Wann wird endlich der Radweg entlang der L1137 fertiggestellt?

Einen Radweg entlang der L1187 nach Höfingen wurde schlicht weg vergessen, unter anderem weil es die Verwaltung versäumt hat, die Entwurfsplanung dem Gremium vorzulegen. Unsere Frage ist, könnte man den zugegebenermaßen steilen Weg von der Glemsbrücke hoch zum Philadelphiahof als Radverbindung ausbauen? Immerhin war er seither als Umleitung ausgeschildert.

Der Landkreis plant und baut Radschnellverbindungen, leider noch nicht in Leonberg. Wir fordern die Verwaltung auf hier aktiv zu werden und zuvorderst die Verbindung Silberberg – Leonberg als Radschnellweg ins Spiel zu bringen und eine Planung beim Landkreis einzufordern.

Wir beantragen, dass das Projekt „Lastenrad-Lieferdienst“ als Vorgriff auf das umfassende Logistikkonzept für die Gesamtstadt in Angriff genommen wird.

Im September 2022 geht die Express-S-Bahn Weil der Stadt – Zuffenhausen in Betrieb. Für Leonberg zwar eine zusätzliche S-Bahn-Kapazität, aber nur circa eine Minute Zeitersparnis bis Zuffenhausen, bis Stuttgart sogar eine längere Fahrzeit als mit der Normal-S-Bahn. Wir fordern die Verwaltung auf, beim Verband Region Stuttgart mit der Aufforderung vorstellig

zu werden, die Einrichtung eines Metropolexpress zu prüfen, der auch den Stuttgarter Hauptbahnhof anfährt

Längst überfällig ist ein behindertengerechter Ausbau der S-Bahn-Stationen Leonberg, Silberberg und Höfingen. Nach derzeitiger Planung ist dieser Umbau erst nach 2030 vorgesehen.

8. Schulen und Kitas

Die Appelle der Schulleitungen nehmen wir sehr ernst und sprechen uns gegen eine Kürzung des Schulleitungsbudgets aus, was hoffentlich im Sozialausschuss so geschlossen wird. Im Bereich der Bildung zu sparen, ist aus unserer Sicht nach den pandemiebedingten Einschränkungen nicht hinnehmbar.

Die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen ab dem Jahr 2026 stellen uns bei den Raumkapazitäten in den Schulen vor große Herausforderungen. Hier müssen frühzeitig die Weichen gestellt werden, um Engpässe zu vermeiden.

Mit Sorge blicken wir nach Warmbronn. Planungsfehler bzw. eine unzureichende Kommunikation mit den beteiligten Akteuren haben zu einem nicht hinnehmbaren Zustand rund um die Warmbronner Schule geführt. Hier bitten wir um Lösungsvorschläge, die auch zeitnah zu verwirklichen sind.

Wie im Vorjahr möchten wir auf den Sanierungsbedarf der Höfinger Schule hinweisen und fordern die Verwaltung auf, die energetische Sanierung im Jahr 2022 auch zu realisieren.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass es Bedenken zur Nachverdichtung im Ezach gibt. Wir sehen im sogenannten „Bildungscampus“ aber eine große Chance für das Ezach und Synergien, die sich dort gut nutzen lassen.

Um dem Bedarf an Kitaplätzen gerecht zu werden, braucht es nicht nur in Warmbronn zeitnah eine vernünftige Lösung. Auch in der Kernstadt müssen die Grobplanungen für die Realisierung einer Interimskita auf dem in Frage kommenden Grundstück intensiviert werden.

Neue Kitas brauchen Erzieherinnen und Erzieher. Im kommenden Jahr sollen die Ausgaben für die „Werbeoffensive Kitas“ auf weniger als ein Drittel gesenkt werden. Diese Kürzung ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Stadt Leonberg soll ein attraktiver Arbeitgeber für Erzieherinnen und Erzieher sein. Um mehr über die Zufriedenheit der Mitarbeitenden in den Kitas zu erfahren, möchten wir anregen, Befragungen der Beschäftigten durchzuführen. Daraus sollen Empfehlungen zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitgebers abgeleitet und zum Beispiel Maßnahmen, wie die Einführung des E-Learnings evaluiert werden.

Zudem bitten wir, die derzeitigen Zugangsvoraussetzungen für die Anstellung in Kitas zu überdenken.

9. Jugend

Die Mittel für den Bau des neuen Skaterplatzes in Höhe von 200.000 € sind im Haushalt veranschlagt. Um diese Maßnahme auch umsetzen zu können, bedarf es zunächst eines geeigneten Standortes. Sofern dies im Stadtpark aufgrund des Denkmalschutzes nicht möglich ist, sollen zeitnah Alternativen gesucht und präsentiert werden.

Wir haben in Leonberg einen sehr engagierten Jugendausschuss, der eine hervorragende Arbeit leistet. Eine so starke Kürzung der Mittel für die Jugendbeteiligung, wie dies im Haushaltsentwurf vorgesehen ist, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir betragen, diese Kürzung zurückzunehmen.

Auch würden wir gerne an die Diskussion über die Fahrradstrecke im Kammerforst erinnern. Das Angebot des Landkreises, die Stadt Leonberg bei der Planung und Realisierung einer solchen öffentlich zugänglichen Strecke zu unterstützen, sollten wir nicht ausschlagen und Mittel für die Planung veranschlagen.

Unsere Antragsliste liegt bei.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, insbesondere beim Kämmereiamt für den Einsatz bei der Erstellung des Haushalts. Des Weiteren gilt unser Dank den Kollegen und Kolleginnen des Gremiums für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und wir setzen weiterhin auf eine gute Atmosphäre im Gremium.

FDP-Fraktion

Anträge

- Analyse der Geschäftsprozesse
- Effizienzsteigerung von Geschäftsprozessen durch Digitalisierung
- E-Government ausbauen
- Entwicklung von Strategien zur Senkung der Unterhaltskosten städtischer Einrichtungen
- Konkretisierung des Begriffs „Stadt für morgen“
- Entwicklung eines Gesundheitscampus am Krankenhaus
- Projekt 1000 Zebrastreifen umsetzen
- Fußgängerüberwege an Kreisverkehren anlegen
- Radweg entlang der L1137 fertigstellen
- Radweg in Züge der L1187 über Philadelphiahof prüfen
- Radschnellverbindung Leonberg – Silberberg zusammen mit Landratsamt planen
- Erarbeitung eines Lastenrad-Lieferdienstes
- Antrag an der VRS die Einrichtung eines Metropolexpress zu prüfen
- Beantragung eines behindertengerechten Ausbaus der Bahnhöfe Leonberg, Höfingen und Rutesheim (Silberberg)
- Vorschläge für eine zeitnahe Erneuerung der Warmbronner Schule
- Sanierung der Höfinger Schule
- Mittel für Werbeoffensive Kitas nicht kürzen
- Überprüfung der Zugangsvoraussetzungen für die Anstellung in Kitas
- Rücknahme der Kürzung der Mittel für die Jugendbeteiligung
- Planung einer Fahrradstrecke im Kammerforst zusammen mit dem Landratsamt
- Fortentwicklung baurechtlicher Vorschriften zur Schaffung innerörtlichen Wohnraums
- Aufstellung und Betrieb elektrischer Ladesäulen auf öffentlichen Parkplätzen durch die LeoEnergie
- Standortsuche für einen Wertstoffhof

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid,
sehr geehrter Herr Baubürgermeister Brenner,
Liebe Gemeinderäte und Zuhörer aus der Bürgerschaft,

willkommen zum Murmeltiertag!

Wie im bekannten Filmklassiker stehen wir Gemeinderäte **Jahr für Jahr vor der Rathaustür**, klopfen gegen die Pforte. Die Verwaltungsspitze zeigt sich wie das legendäre Murmeltier Punxsutawney Phil, sieht zweifelsfrei den langen Schatten ihrer nicht abgearbeiteten Aufträge aus der letzten Haushaltsrunde. **Dann verschwindet sie wieder in ihrem Bau** und wir wissen: es bleibt noch weitere 12 Monate Investitionswinter.

Egal was wir hier beschließen. Wir könnten auch in diesem Jahr schlicht unsere Anträge wie in den Vorjahren wiederholen. **Wieder würden positiv gestimmte Kollegen mit uns Beschlüsse fassen**, die Verwaltung Rahmenbedingungen aufzeigen. Wieder würde nichts passieren. **Murmeltiertag!** Sicher, das Tagesgeschäft tröpfelt unauffällig vor sich hin, Projekte wie die KiTa Nord werden schleichend fertig, aber so richtige Dynamik ist nicht sichtbar.

Dynamik zwischen der Verwaltungsspitze allerdings schon. Drei Charaktere üben sich in teils absurden Verhaltensweisen. Aber auch wir Gemeinderäte mischen bis zur Schmerzgrenze mit und die **Presse trägt kaum zur Klärung bei**, sondern platziert ihre persönlichen Favoriten im großen Spiel.

Sie wissen, dass ich gerne sehr kritisch zu unserem Oberbürgermeister stehe. Zu ungewöhnlich ist oft seine Herangehensweise. Vorsichtig ausgedrückt. Aber schon recht kurz nach Neuordnung der Verwaltungsspitze ist klar: mit unserer neuen Finanzbürgermeisterin haben wir eine Spielerin am Tisch, die ihm nicht nachsteht. Ganz im Gegenteil stehen **große Fragezeichen im Raum**, die mit verquerten Erklärungen nicht befriedigend aufgelöst werden. Liebe Frau Schmid, ich habe auf der Seite des **Landkreises Regen** gesehen, dass Sie noch immer für die FDP im Kreistag gelistet sind. Viele hundert Kilometer entfernt. Ihre Antwort, dass das nur wenige Sitzungen umfasst trifft aber nicht den Punkt, den Sie in unserem Gespräch dazu auch nicht angenommen, fast meine ich, nicht verstanden haben. **Es ist ein Affront gegen die Leonberger Stadtgesellschaft**, wenn Sie auf diese Weise die Halbherzigkeit ihrer Anwesenheit in der Stadt dokumentieren.

In der Presse lesen wir in einigen Artikeln, die von lieben Gemeinderatskollegen platziert wurden, dass unsere Erste Bürgermeisterin nichts darf. **Nicht reden. Nicht handeln.** Aber in Ihrem ureigenen Tätigkeitsbereich – Sie Frau Schmid sind Chefin der Stadtwerke – hat sicher niemand Interesse Ihnen reinzureden. Und so ist es doch recht unverständlich, dass ausgerechnet für die Stadtwerke, **bei denen Sie autark handeln können**, zudem einige Mitarbeiter bereits selbst eingestellt haben, zu Ihrer Haushaltseinbringung der

Wirtschaftsplan **dieses wichtigsten Eigenbetriebs** fehlte. Den wir freilich zur Haushaltsberatung benötigen, da hier Parkhäuser und die politisch immer im Fokus stehenden Bäder verortet sind. Da fragt man sich schon woran es hapert, haben Sie doch exakt dafür vor der Wahl Ihre Expertise gepriesen.

Weiter geht's **mit Herrn Brenner**. Den ich vor vielen Jahren als Hoffnungsträger für die Verwaltungsspitze mitgewählt habe. Frische Ideen, begeisternde Beschreibungen der Stadt-Zukunft, **ein positiver Typ**.

Lieber Herr Brenner, über die Jahre trägt das leider nicht. **Seit Jahren warten wir geduldig** auf Lösungsansätze zur Waldschule in Warmbronn. Wir wissen seit geraumer Zeit, dass da Bäume stehen, die eine vorangetriebene Entwicklung als nicht durchführbar ausbremsen. **Wir fragen nach**. Die Antworten sind immer gleich. Immer ausweichend. **Murmeltiertag**.

Noch schlimmer für mich, weil ich mich als Initiator des Jugendausschusses mit seinen Gruppen persönlich in der Pflicht sehe, ist **Ihr Verhalten zum Skaterpark**. Richtig. Nicht ihre Taten. Das Verhalten ist, was mich bestürzt. Wir fragen. Zum Denkmalschutz. Zu den Plänen. Erhalten ein ums andere Mal ausweichende Antworten. „Wird schon. Kommt in der xy-Runde“. Jetzt fragen sich die Zuhörer, **was denn die xy-Runde ist?** Für xy dürfen Sie über die Jahre beliebige Monate setzen, auf die uns das Thema zur Klärung versprochen wurde. Nun habe ich selbst nachgeforscht. **Nichts ist passiert**. Der Denkmalschutz wartet noch immer auf Vorleistungen zur Entscheidung, die im Verantwortungsbereich des Baudezernats liegen. **Brachliegen**. Murmeltiertag! **Schon wieder**.

Lieber Herr Brenner. **Nett und umgänglich sein reicht nicht**. Wir alle wissen um Ihr Potenzial. Es wäre echt prima, wenn daraus mal etwas entstünde. Als leichte Fingerübung wäre ich schon mit der Skateranlage zufrieden. Für Jugendliche sind vier Jahre Planungshorizont ein Witz. **Das entspricht bald 30% ihrer Lebenszeit** und wird sich wohl so anfühlen wie für uns 15 bis 20 Jahre. So geht man nicht mit der Jugend, der Zukunft unserer Stadt, um.

Aber auch wir Gemeinderäte leisten unseren **Beitrag zur Erhöhung der Entropie**. Entropie. Klingt doch besser als Unordnung. Wir müssen einfach neue Begriffe nutzen, dann ist es nicht so brutal. Mit vielen Anträgen, Fragen, **auch Selbstverleugnung**, erhöhen auch wir Gemeinderäte die Entropie im Stadtsystem. Beispiele finden wir alle an unserer eigenen Nase.

Ich möchte die Zuhörer aber nicht aus der Haushaltsrede **entlassen ohne Positives zu würdigen**. Pädagogisch richtig wäre gewesen, das Positive an den Anfang zu stellen. Aber mit derart sanften pädagogischen Ansätzen haben wir schon die letzten Jahre nichts bewegt.

Wirklich wunderbar ist, dass doch noch viele Mitarbeiter der Verwaltung aktiv mitarbeiten. **Den Laden so gut es eben geht am Laufen halten**. Nur beispielhaft nenne ich Frau Gräter, Frau Schmauder, Herrn Roth, Frau Schurr, Herrn Friedel, auch Frau Löffler. Ihnen und allen jetzt ungenannten, aber wunderbare Arbeit leistenden, möchte ich danken, dass Sie sich für unsere Stadt einsetzen.

Bürgermeister entpuppen sich oft als austauschbar. Eine gute Mitarbeiterbasis nicht. Also bitte ich die Verwaltungsspitze: **gehen Sie sorgsam mit der Stadt um**, in dem Sie sorgsam mit den Mitarbeitern umgehen.

Nur dann bringen wir zweifellos positive Entwicklungen zu Ende.

Die Neuordnung des Straßenraums. Die langsame aber stete Entwicklung am Jugendplatz. Die nicht enden wollende Reihe der Schulsanierungen, vielleicht auch endlich mit Lösungen für Warmbronn und Gebersheim.

Und selbstverständlich, man müsste es als S:ALZ-Gruppe eigentlich nicht extra erwähnen, **lehnen wir sämtliche Kürzungen zu den Zukunftsbereichen Schulen und Jugend ab.** Besonders unverfroren finden wir den Ansatz zum Jugendausschuss mit minus 50% auszuweisen und da nochmal die pauschale 15%-Kürzung drüberlaufen zu lassen. Wie überhaupt die 15% Kürzung kein Ausdruck von Sparwillen ist, lieber Herr Oberbürgermeister Cohn, **sondern schlichten Unwillen dokumentiert** sich mit den Ämtern in sicher zähen Verhandlungen auseinanderzusetzen. Der Gemeinderat soll es richten. Dabei ist es Aufgabe der Dezernenten, zuvorderst Finanzbürgermeisterin und OB, Sparsamkeit und Handlungsfähigkeit mit differenzierter Betrachtung im Haushaltsplanentwurf aufzuzeigen. **Grundlagenarbeitet.** Darauf aufbauend gestalten wir mit Ihnen gemeinsam die politische Ausrichtung. Theoretisch. Da Sie nun schon mit der 15%-Kettensäge im eigentlich differenziert blühenden Stadtdschungel gewütet haben bleibt uns **kaum etwas anderes als Schadensbegrenzung.**

Unsere Anträge finden Sie zwar in der Anlage. Einige besonders dringende Anliegen möchte ich hier dennoch einprägsam verkünden:

Wir wünschen eine Gegenüberstellung von einem **Neubau Grundschule Warmbronn** am aktuellen Standort, mit Erweiterungsfläche in Richtung Parkplatz, zu einem Neubau zentral im Ortskern.

Die Fortführung der Planung Kindercampus Ezach ohne Bremse, abgekoppelt aber ergänzt um den bereits angedachten Wohnbau-Riegel zur Straße, dem **eine kleine Sporthalle untergeschoben wird**, etwa 2+2-Stöckig. Diese Halle soll nicht nur endlich der Sophie-Scholl-Schule grundlegende Sportmöglichkeiten bieten, sondern auch als Versammlungsraum für beispielsweise den Bürgerverein oder die Quartiersarbeit dienen.

Das Schulzentrum um die Gerhart-Hauptmann-Straße **soll neu organisiert werden.** Pausenflächen, vielleicht auch Klassenräume in Randlagen der Gebäude, sollen flexibel über Schulgrenzen hinweg nutzbar sein um den Herausforderungen nachwachsender Schülerzahlen in einem ersten Schritt gerecht zu werden. Dazu muss umgehend eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung und Schulleitungen, in markanten Entscheidungsschritten auch mit Gemeinderäten, eingerichtet werden.

Und **selbstverständlich hat das Thema Skateranlage für uns oberste Priorität.** Wir werden dazu nach vielen Jahren Stillstand klassische Hierarchien nicht mehr zum Erkenntnisgewinn akzeptieren und gegebenenfalls direkt bei anderen Verfahrensbeteiligten nachfragen, um eine sowieso nicht mehr akzeptable weitere Verschleppung zu unterbinden.

Weiter **muss das alte Arbeitsamt sofort dauerhaft** genutzt werden. Bis eine endgültige Verwendung abgestimmt ist, könnten hier beispielsweise Teile der IuK untergebracht werden, die explizit den Schulen zugeordnet sind, um das Thema Digitalisierung endlich

konzentriert abzarbeiten. **Wir haben viel Geld in phantastische Technik gesteckt.** Apple-TV, Tablets, Beamer. Nichts davon kann zuverlässig genutzt werden, wenn nicht endlich WLAN und Service funktionieren. Das liegt ausdrücklich nicht an der auch von den Schulen geschätzten Frau Schurr. Geschätzt ist dabei eine schwache Formulierung, sie gilt schlicht als einziger Hoffnungsschimmer zu diesem Thema.

Das sind unsere 5 Kernanträge. **Nur 5. Nicht 100.** Nichts, was man nicht vor Jahren schon für heute als erledigt gesetzt hätte. Eigentlich. **Murmeltiertag. Immer noch.**

Bei vielen anderen Themen sind wir angesichts der Personallage der Meinung, dass wir die Intensität der Fortentwicklung zurückfahren müssen. Nur so haben wir Hoffnung, dass wir die Filmschleife durchbrechen.

Aber was können wir tun, um **unseren Murmeltiertag** zu beenden? Im der Rede zugrunde liegenden Film **hilft Liebe**, unbedingtes Einlassen auf einen anderen Menschen.

Im **Stadtleben hilft also nur die Liebe zur Stadt.** Wenn wir uns auf die Belange der Stadt konzentrieren statt auf unsere eigenen, stehen wir eines Morgens am Fenster und wissen: **heute ist morgen!** Es ist passiert!

Fast wie im Film.

Weitere Erkenntnisse finden Sie ab 17. November im launigen Haushaltsschwätzchenvideo auf www.salz-leo.de, das ich mit dem Kollegen Harald Hackert eingespielt habe.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

Anträge der S:ALZ-Gruppe zum Haushalt 2022

Notfalltelefon falls Anträge zu komplex oder nicht verständlich sind: 0177-3871486

1. Schulen / Kinderbetreuung / Jugend

1.1. Jugendplatz: Skateranlage. Die Skateranlage muss unverzüglich zur Umsetzung kommen. Eine weitere Verschleppung der Planung und Nichterbringung der vom Denkmalschutz geforderten Leistungen ist nicht akzeptabel. Der Gemeinderat ist laufend über die Verfahrensschritte zu informieren.

Deckungsvorschlag: nicht nötig, da laut Haushalt 2019 „längst erledigt“.

1.2. Jugend: Pumptrack. Wir befürchten ebenso wie bei der verschlafenen Skateranlage dass hier nötige Planungsschritte, etwa die nötigen Vorlagen zur Beurteilung der Tragfähigkeit des Tunneldeckels, nicht erstellt sind. Der Gemeinderat ist laufend über die Verfahrensschritte zu informieren.

Deckungsvorschlag: nicht nötig, da längst beschlossen.

1.3. Die Entwicklung des Kindercampus Ezach läuft und soll nicht gebremst werden. Die Verdichtung der Bauzeit auf 2 Jahre wird begrüßt. Um die hier bekannte Sporthallenproblematik aufzulösen muss Kapazität in der Nähe geschaffen werden, auch um den Anspruch an die künftige Ganztagesgrundschule zu bedienen. Unabhängig vom in Planung befindlichen Kindercampus soll laut Beschluß nach Osten zur Straße hin ein Wohnbauregel entstehen. Wir schlagen vor, den bis zu 4-geschossig geplanten Riegel auf 2+2 Geschosse zu optimieren, die unteren Geschosse nehmen dabei eine Sporthalle auf, die zusätzlich benötigte Raumhöhe wird in die Erde eingelassen.

Die Halle soll multifunktional diesen Stadtraum bedienen, also etwa auch als Versammlungsraum für den Bürgerverein oder die Quartiersarbeit genutzt werden.

Deckungsvorschlag: nicht bezifferbar. Der Wohnbau ist beschlossen. Für den Hallenanteil empfehlen wir einen Teil aus der gesparten Kreisumlage.

1.4. Schulcampus Mitte: Entwicklung zu einer flexibleren Einheit. Das alte Arbeitsamt wird langfristig in die Raumplanung einbezogen. Während der Planungsphase kann das Arbeitsamt beispielsweise als konzentrierter Standort für die Schuldigitalisierungsgruppe um Frau Schurr dienen. Künftig muss hier aber Platz für die steigenden Schülerzahlen geschaffen werden. Kurzfristig soll mit vorhandenen Pausenflächen und Schulräumen flexibler umgegangen werden. So können Klassenräume in Randlagen der Schulen flexibel in der einen oder anderen Schulform genutzt werden. Noch dringender ist die Neuordnung und Aufwertung der Pausenflächen Schellingschule/ GHR. Die Kuhgatter vor der Schellingschule sind in einem Land mit Bildungsanspruch nicht akzeptabel.

Deckungsvorschlag: nicht nötig, da denken nichts kostet. Ausser Zeit.

1.5. Jugendausschuß: die Kürzung um ca. 50% sowie die zusätzliche Kürzung um die pauschalen 15% sind nicht akzeptabel und sollen zurückgenommen werden. Jugend mit einbeziehen ist eine vom Land gestellte Aufgabe, der wir mit Alibiveranstaltungen nicht gerecht werden. Im Gegenteil ist es Ziel, Jugend für unser Gesellschaftssystem zu begeistern. Das gelingt nur, wenn wir zur Verantwortung auch Spielräume gestalten.

Deckungsvorschlag: aus den zurückzustellenden Leistungen für die Schuhfabrik.

1.6. Schulbudget gesamt und Schulleiterbudgets: die Kürzung um pauschale 15% der Schulleiterbudgets sind zurückzunehmen. Gerade nach Corona müssen die Schulen handlungsfähig bleiben. Weiter ist die Pauschale 15% Kürzung der allgemeinen Schulbudgets (HH-Plan S. 161 Zeile 14) zurückzunehmen, da hier die Digitalisierung versteckt ist, die ja allseits gefordert, dann aber nicht effektiv abgearbeitet werden könnte.

Deckungsvorschlag: aus der gesparten Kreisumlage.

1.7. Aufstockung der Stelle Sachgebietsleitung Sport: Verwaltung und Ausstattung der Sporthallen und auch darüber hinaus ist eine komplexe Aufgabe, die viel Koordinationszeit mit vielen Ansprechpartnern bedingt. Hier ist chronische Zeitknappheit zu verzeichnen und nicht mit normalen Schwankungen zu rechtfertigen. Eine Aufstockung also dringend geboten.

Deckungsvorschlag: die geplante „Multimedia-Offensive“ der Stadtspitze soll deutlich eingebremst werden. Die Stadt positiv auf allen Kanälen darzustellen ist nett, aber angesichts klaffender Löcher in der „richtigen“ Arbeit eine Farce. Sobald die Stadt wieder hinreichend funktioniert, also produktive Stellen besetzt sind, ist auch erst etwas Schönes zum präsentieren da. Bis dahin mögen sich die Protagonisten mit selbstgemachten Filmchen auf ihren privaten Facebookaccounts ins rechte Licht rücken.

2. Verkehr / öffentlicher Raum

2.1. Shuttlebus-Test wie schon zu oft beantragt. Herr Baubürgermeister Brenner hat in seiner Bewerbungsrede vollmundig Shuttlebusse, insbesondere autonome Systeme, in der Zusammenarbeit mit dem Bosch-Standort in Aussicht gestellt. Diese Behauptung bitten wir mit einem konkreten Zeitplan zu unterfüttern und den tatsächlichen Stand der konkreten Gespräche dazu aufzuzeigen. Es sind für 2022 und 2023 Beträge dazu im Haushalt eingestellt. 100.000 für 2022 reichen sicher für den ursprünglich angedachten kurzen Test zur Sichtbarmachung in der Bevölkerung.

Aber warum ist der gleiche Betrag in 2023 wieder eingestellt? In Erwartung der üblichen Nicht-Abarbeitung für 2022 und vorausseilend für unsere Anträge zu 2023? Ein zweiter kleiner Test in 2023 macht keinen Sinn, für die dauerhafte und wünschenswerte Einrichtung eines Testbetriebes ist es zu wenig. Wir bitten um Erklärung wozu das gut sein soll.

2.2. Planung eines Einbahnstraßenrings Bahnhofstraße - Römerstraße - Eltinger Straße.

Vgl. Antrag vom letzten und vorletzten Jahr. Wir sehen hier nach wie vor großes Potenzial den Verkehr zu verflüssigen und Stadtraum-Qualität zu gewinnen.

Deckungsvorschlag: nicht nötig, da Geld für Umgestaltung Straßenraum eingestellt ist.

2.3. Biergarten Stadtpark: die Forderung wird wie im letzten Jahr aufrecht erhalten. Wir bitten die Planung mit der Entwicklung der Stadthalle zu kombinieren.

2.4. Toilette Stadtpark: im Rahmen der Umplanung Stadthalle soll eine Außentoilette zum Stadtpark hin geplant werden, die leicht durch Ordnungsbehörden einsehbar ist.

3. Bauen & Wohnen

Es gelten die Anträge vom letzten Jahr. Auf Bearbeitung verzichten wir. Nur als Gedächtnisstütze.

4. Wirtschaft und Stadt

4.1. Einzelhandel / Altstadt. Nicht erst seit Corona liegt die Altstadt und mit ihr der Handel am Boden. Es müssen dringend Konzepte erarbeitet werden. Wir fordern die Einrichtung eines „Forum Altstadt“ wie auch im letzten Jahr, das im alten Ratssaal tagt.

4.2. Strohländle. Das Strohländle ist fester Bestandteil des Leonberger Sommerprogramms und bietet vielfältige Unterhaltung sowie Entspannung im Alltag. Für große Teile der Bevölkerung ist es unverzichtbar. Mit dem Veranstalter soll eine dauerhafte Lösung zur kostendeckenden Durchführung erarbeitet werden. Voraussetzung kann eine Vereinsgründung sein, um die Veranstaltung nichtkommerziell abzubilden. Die Stadt unterstützt den Verein mit einem Pauschalbetrag von 10.000 Euro und stellt Hilfen zur Durchführung bereit, etwa Bauhofleistungen und eine Platzüberlassung im Gegenzug für ein breit aufgestelltes Angebot für die Bevölkerung. Dazu ist umgehend eine Abstimmung unter allen Beteiligten zu treffen.

Deckungsvorschlag: pauschales Optimierungsgebot über alle Haushaltstellen von 0,01%

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Leonberg, Sehr geehrter Herr Cohn, Sehr geehrte Frau Schmid, Sehr geehrte Herr Brenner,

In welcher Welt wollen wir eigentlich leben?

Innovation – das klingt nach technischem Fortschritt, nach Verbesserung, nach Zukunft. Doch ist wirklich alles gut, was neu ist? Und was bedeutet der Begriff überhaupt?

Neu ist, dass wir uns in einer Wende befinden. Unsere Art zu leben wird sich aufgrund der Digitalisierung komplett verändern – egal, ob wir das gut oder schlecht finden. Die Frage stellt sich: Was wollen wir daraus machen? Was ist unser Ziel? Welche Strategie haben wir? Wie soll unsere Gesellschaft von morgen aussehen?

„Frage nicht, was dein Land für dich tun kann. Frage, was du für dein Land tun kannst.“
(John F.Kennedy)

Es bringt nichts nur die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und die Mitarbeiter zu schulen, wenn sich die Kultur nicht mit verändert. Innovation bedeutet auch Veränderungsbereitschaft, doch meistens will man nur solche Innovationen, die das Alte bewahren. Beispielhaft ist dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit Jahren wird behauptet, dass Homeoffice die Innovation schlechthin sei. Doch es funktioniert eben nicht überall, weil bis heute in vielen Flächen eine stabile und gute Internetverbindung fehlt und Home-Office und Home-Schooling gleichzeitig nicht kompatibel sind.

Wir müssen weniger über den technischen Fortschritt nachdenken, der sich von selbst entwickelt, als mehr über den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt und die Menschen mitnehmen.

Innovation ist also ein langer und komplexer Prozess. Wir dürfen den Faktor Mensch nicht außer Acht lassen. Vielleicht kann man den heutigen Zeitgeist so beschreiben: „Wir haben eine Sehnsucht nach Beziehungen, die wirkliche Beziehungen sind, und nach Analogem, ohne dass das Digitale aufhört.“ Ein gutes Beispiel dafür ist die Musik.

„Die Musik ist die Sprache der Leidenschaft.“ (Richard Wagner)

Über 2 Millionen Menschen im Bereich der Musik-, Kultur- und Kunstszene haben jetzt in der Corona-Zeit nichts vom Bund bekommen, weil sie keine Betriebskosten abrechnen durften. Dieser Bereich hat auch schon vor Corona wenig Unterstützung erfahren. Dabei hat jeder von uns als Kind gemalt, jeder von uns hat ein Gemälde in seiner Wohnung, jeder verbindet private Erlebnisse mit Musik. Und der Mehrwert, den Kunst und Musik im Bereich Gesundheit und Bildung haben, kann gar nicht beziffert werden. Es ist unsere Aufgabe Kultur und Sport gleichermaßen zu fördern und wieder mehr in kulturelle Projekte zu investieren. Leonberg braucht einen Neustart in der Kulturpolitik und gelebte Kultur für Alle.

Neben der Kultur sind Kindergärten und Schulen Kernaufgaben der Kommunalpolitik. Seit dem 1.8.2013 gilt ein flächendeckender Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung für jedes Kind zwischen 1 und 3 Jahren. Ab dem 4. Lebensjahr bis zu Einschulung besteht ein solcher Rechtsanspruch bereits seit 1996. In diesem Jahr hat der Bundestag und der Bundesrat beschlossen, dass ab 2026 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule schrittweise eingeführt wird.

Solche Entscheidungen, die auf Bundes- oder Landesebene getroffen werden, auf kommunaler Ebene umzusetzen, sind sehr schwierig. Es fängt an mit der nötigen Fläche für die Kindergärten und Schulen, allen nötigen Zustimmungen für die Bauprojekte und den gesetzlichen Bestimmungen, wie z.B. die Landesbau-Ordnung, die eingehalten werden

müssen. Doch bei all den Entscheidungen auf den höheren Ebenen werden die Kommunen mit ihren Finanzen im Regen stehen gelassen.

Wer glaubt denn ernsthaft, dass die jetzige Krise sich nicht auf die Kommunen und damit auch auf Leonberg durchschlägt? Bereits die Ansätze für die Einkommensteuern für die kommenden Jahren werden sich nicht halten lassen, denn hier ist die Kurzarbeit und vermehrte Arbeitslosigkeit noch gar nicht eingerechnet. Und die Folgen dieser Krise sind nicht einmal eingepreist. Liebe Bundesregierung, liebe Landesregierung, stattet die Kommunen besser mit Geld aus oder bürdet ihnen wenigstens nicht immer neue Aufgaben auf, ohne diese auch zu 100% zu finanzieren und zwar inklusive aller Nebenkosten!

Aktuell erleben wir eine neue Marketing-Kampagne „The Länd“ der Landesregierung Baden-Württemberg. Sie soll uns als führenden Hightech-Standort mit hoher Lebensqualität profilieren.

Dafür werden insgesamt 21 Millionen ausgegeben. Gelder, die wir hier vor Ort besser für unsere Aufgaben gebrauchen können.

Viele Menschen in Leonberg suchen eine bezahlbare Wohnung und finden oft keine. Aber nicht nur ganz arme Familien sind von den steigenden Mieten betroffen, sondern fast alle Familien der mittleren Einkommensgrenzen. Das Motto „bauen, bauen, bauen“ nutzt nichts, wenn fast nur teure Eigentumswohnungen gebaut werden. Grund und Boden ist immerhin ein begrenztes und nicht vermehrbares Gut. Mit diesem hohen Gut muss mit Bedacht umgegangen werden und alle Bewohner unterschiedlicher Einkommensverhältnisse einbezogen werden.

Die innerörtliche Verkehrsbelastung ist teilweise unerträglich. Auch das Zu-Fuß-Gehen wird in den Städten unangenehmer und gefährlicher, weil die Gehwege immer stärker auch von Radfahrern benutzt werden. Gründe für diese Verlagerung sind möglicherweise die Flucht vor dem zu schnellen Autoverkehr auf der Fahrbahn oder unkomfortable Radverkehrsbedingungen. Diese Entwicklung passt nicht in eine Zeit, in der sich viele Menschen aus Umweltschutz- und Gesundheitsgründen zu Fuß bewegen sollten und auch zunehmend wollen. Deshalb müssen dem Fuß- und dem Radverkehr als zukünftig noch bedeutendere Verkehrsträger (Klimawandel, Lärmschutz, Demografie, etc.) sichere und angenehmere Verkehrs- und Aufenthaltsflächen zur Verfügung gestellt werden. Die 4 Spuren in der Eltinger Straße und der Brenner Straße sowie die 3 Spuren in der Glemseckstraße sind längst überholt. Eine Reduzierung auf jeweils 2 Fahrspuren ist längst überfällig. Somit gäbe es in der Eltinger Straße und in der Brenner Straße mehr Platz für breitere Gehwege, eigene Fahrradwege, eine Baumallee, Grünflächen und eine eigene Busspur. In der Glemseckstraße könnte die mittlere Fahrspur einer Baumallee weichen und somit die Lärmbelästigung reduzieren und Schatten auf Gehwege und Häuser werfen. Mehr Kreisverkehre, kaum Ampeln, mehr Zebrastreifen im Ort. Das klappt - die Niederlande machen es vor!

Auch der Parkraum ist in vielen Wohngebieten von Leonberg knapp, Autos werden deshalb oft widerrechtlich oder auf Gehwegen und im Halteverbot abgestellt. Das gefährdet nicht nur Fußgänger, sondern stellt auch ein Sicherheitsrisiko dar (Versperrung von Rettungswegen) und der Müllwagen oder Kehrwagen kann nicht zügig oder manchmal gar nicht seiner Arbeit nachgehen. In Stuttgart oder Ludwigsburg wurde deshalb bereits ein Parkraum-Management eingeführt. Für Bereiche, in denen erheblicher Parkdruck besteht und dies im Rahmen einer Erhebung entsprechend nachgewiesen wird, könnten Anwohnerparkbereiche ausgewiesen werden.

Neben dem knappen Parkraum in den Wohngebieten kommen viele zusätzliche Autos zu bestimmten Uhrzeiten, die Eltern-Taxis. Viele Eltern fahren ihre Kinder mit dem Auto zur Schule. Der Grund: Sorge um die Sicherheit des Nachwuchses und die Eile zum

Arbeitsplatz. Dadurch passiert aber das Gegenteil: Denn die Autos stehen häufig im absoluten Halteverbot, auf Gehwegen, in Feuerwehrzufahrten oder halten in der zweiten Reihe. So entstehen brenzlige Situationen und der Schulweg wird für die Kinder zum Slalomlauf und Anwohner kommen nicht aus ihrer Ausfahrt. Um dieses Autochaos zu vermeiden, haben die Städte Erlangen oder Bad Brückenau ein Konzept, das funktioniert: Es gibt Hol- und Bringzonen für die Kinder.

Unsere Schulen und Kindergärten sowie viele andere öffentliche Gebäude haben teilweise einen großen Investitionsstau, da die notwendigen Investitionen aus damaligen finanziellen Gründen immer geschoben wurden. Doch jeder weiß, dass ein Gebäude mit den Jahren nicht besser wird, wie ein Wein, sondern eben schlechter.

„Es sind nicht die Erfolge, aus denen man lernt, sondern die Fiaskos.“ Coco Chanel

Man investierte lieber in eine öffentliche „Baumhaus-Sauna“ mit ursprünglich 1,5 Millionen Euro und letztendlich dann doch 2,7 Millionen Euro. Es sollte ein Alleinstellungsmerkmal, ein Vorzeigeobjekt in Leonberg sein. Mittlerweile hat jedes Fitness-Studio und jeder Verein eine Sauna. Und die „Baumhaus-Sauna“ hat ein jährliches Defizit von mehreren tausend Euro. Auch belässt man die Parkgebühren unserer Parkhäuser in der Altstadt oder am Bahnhof so niedrig, dass wir auch hier ein jährlich wachsendes Defizit von über 550.000,- Euro im Jahr 2019 zum Jahr 2021 von über 785.000,- Euro haben. Das kann so nicht weitergehen. Die Bewirtschaftung einer Sauna und eines Parkhaus sind keine Kernaufgaben einer Stadt. Zumindest sollten die Einnahmen die Ausgaben decken. Und das tun sie in beiden Bereichen seit Jahren nicht.

Die Sauna wäre ideal als „Baumhaus-Kindergarten“.

Und die Parkgebühren dürfen deutlich erhöht werden. Zur Veranschaulichung zahlt man in Stuttgart für ein baugleiche Parkhaus 3,- Euro pro Stunde und 18,- Euro für 24 Stunden. In Leonberg bis 30 min. frei und ab der 31. Minute pro angefangene 6 Minuten 0,10 Euro und 5,- Euro für 24 Stunden. Die Parkhäuser in Leonberg sind neu bzw. neu renoviert, haben neue Aufzüge, sind sehr gut beleuchtet, haben breite Parkplätze und dieselbe Einfahrt wie manch ein unterirdisches Parkhaus in Stuttgart. Man darf dafür das Geld verlangen, das zur Bewirtschaftung nötig ist.

Denn diese Gelder im Bereich der Sauna und der Parkhäuser fehlen bei den öffentlichen Gebäuden. Unsere Schulen, Kindergärten, Sporthallen und andere öffentlichen Gebäude sind teilweise so renovierungsbedürftig, dass nur noch ein Neubau möglich ist. Wir können nicht alle Gebäude gleichzeitig renovieren, aber nach einer Prioritätenliste vorgehen.

Wir müssen Leonberg so umgestalten, dass es den Erfordernissen der heutigen Zeit angepasst ist. Es wird immer ein Spagat zwischen Wünschenswertem und Machbarem bleiben. Doch mit einem großen gemeinsamen Ziel vor Augen, mit dem Neudenken der jetzigen Prozesse, mehr Unterstützung durch Software und das Mitnehmen der Menschen, kann es uns gelingen.

Doch was mir wirklich Sorgen bereitet ist die Frage, ob wir überhaupt noch eine vernünftige Verwaltung für unsere Stadt hinbekommen und ob die Spaltung in unserer Gesellschaft nicht größer statt kleiner wird. Und das entscheidet sich sowohl auf einer Sachebene, wie auch auf einer menschlichen Ebene. Wir alle tragen zur Gesamtheit der Gesellschaft bei. Wir dürfen nicht so tun, als ob in den anderen Kommunen vieles nicht stimmt und bei uns alles in Ordnung sei. Wir als Gemeinderat und Verwaltungsspitze dürfen uns selbst mal den Spiegel vorhalten.

„Wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht können. Wenn wir uneins sind, gibt es wenig, was wir können.“ (John F. Kennedy)

Die Zahl der unbesetzten Stellen bei der Stadt Leonberg steigt genauso wie die Corona-Zahlen. Liegt es am Klimawandel oder ist das eine vierte Welle? Experten sind sich noch nicht einig, was die Ursachen dafür sind und wie man gutes Fachpersonal findet. Vielleicht hilft da „The Länd“.

Oder müssen wirklich immer so viele Anfragen vom Gemeinderat an die Verwaltung gestellt werden? Solche Anfragen-Fluten können die Arbeit der Mitarbeiter in der Verwaltung auch lähmen. Vor allem müssen wir uns selbstkritisch hinterfragen und alle Akteure, egal welcher Couleur, Kompromissbereitschaft und ernsthaften Willen der Zusammenarbeit zeigen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir das Vertrauen der Bevölkerung wieder gewinnen können.

Wie die Gesellschaft einer Stadt ist, erkennt man daran, wie sie mit den Schwächsten, den Kindern, den Kranken, den Alten, in ihrem Kreise umgeht. Wie können wir eine Stadt gestalten, in der die Menschen zuversichtlich in die Zukunft schauen und gerne leben? Fangen wir mal mit ein wenig Demut an.

„Keine Schuld ist dringender als die, Danke zu sagen.“ (Marcus Tullius Cicero)

Wir leben in angespannten Zeiten - auf materieller wie menschlicher Ebene. Die jetzige Zeit zeigt, was wirklich wichtig ist. Es sind die Mitarbeiter in der Pflege, den Krankenhäuser, in den Arztpraxen, es sind die Verkäufer an der Kasse, es sind die Mitarbeiter von der Müllabfuhr, vom Räumdienst, es sind die Busfahrer, die LKW-Fahrer, Postboten und die Rettungskräfte. Es sind all diejenigen, die unser öffentliches Leben am Laufen halten. Ihnen gilt unser Dank.

„Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss.“ (Marie Curie)

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und mache mich mal an die Arbeit. Vielen Dank.